



MANNHEIM WÄCHST

Metropole stärken.

Vorbild für Bildungsgerechtigkeit sein.

Ralf Eisenhauer

Vorsitzender der SPD-Gemeinderatsfraktion

Rede zum Haushalt 2016/2017 der Stadt Mannheim

Mannheim, 24. November 2015

SPD

Mannheim wächst

Metropole stärken.
Vorbild für Bildungsgerechtigkeit sein.

Ralf Eisenhauer

Vorsitzender der SPD-Gemeinderatsfraktion

Rede zum Haushalt 2016/2017 der Stadt Mannheim
Mannheim, 24. November 2015

Es gilt das gesprochene Wort.

SPD-Gemeinderatsfraktion

Ralf Eisenhauer
Marianne Bade
Petar Drakul (bis 24. November 2015)
Reinhold Götz
Helen Heberer
Joachim Horner
Prof. Dr. Heidrun Kämper
Lena Kamrad
Nazan Kapan
Andrea Safferling
Thorsten Riehle
Dr. Claudia Schöning-Kalender
Ralph Waibel
Dr. Boris Weirauch

Redaktion

Helmut Lupke
Dr. Felicitas Merkel
Adnan Werning

Titelfoto: Daniel Lukac

SPD-Gemeinderatsfraktion
Rathaus E5, 68159 Mannheim
Tel.: 0621/ 293-2090
Email: spd@mannheim.de

Mannheim, November 2015

Mannheim wächst	4
Recht auf Freiheit und Gleichheit.....	4
Geflüchtete gut integrieren.....	5
Gutes Leben – Gutes Lernen!.....	10
Metropolcharakter stärken	11
Vorbild für Bildungsgerechtigkeit.....	18
Der Doppelhaushalt 2016 / 2017	21
Bundesgartenschau 2023	28
Auf den Punkt gebracht	30
Dank.....	31
Kinder, Jugend, Bildung.....	32
Kinderbetreuung ausbauen.....	32
Offene Kinder- und Jugendarbeit erweitern.....	32
Kinder und Jugendliche beteiligen	33
Bildung ganzheitlich fassen	35
Ganztagsschulen ausbauen – MAUS für alle.....	35
Humboldt-Schule erweitern.....	36
Gemeinschaftsschule ist erfolgreich.....	37
Sofortprogramm Schulen und BBS	37
Schulsozialarbeit für zusätzliche Schulen	38
Berufsschulen mit passgenauen Angeboten	38
Zeitgemäße Stadtbibliothek	39
Bildung und Integration	40
Übergang Schule-Beruf	40
Stadtentwicklung, Konversion, Nachhaltigkeit.....	41
Die Mannheim-Karte: Fahrscheinloser ÖPNV.....	41
Konversion kommt voran	43
Gutes Wohnen für alle ermöglichen	45
Auf dem Weg zur Smart City: Digitalisierung	48
Neues Technisches Rathaus	49
Grünes Mannheim	49
Beteiligung und Transparenz	49

Arbeit und Wirtschaft, Soziales, Integration	51
Wirtschaftspolitische Strategie überprüfen	51
Stadt als Arbeitgeberin.....	51
Inklusion in allen Facetten betrachten – breite Teilhabe ermöglichen	53
Sozialticket ausbauen – Perspektive Mannheim-Karte	53
Integration im Stadtteil: Quartiermanagement.....	54
Teilhabe stärken	54
Unterstützung der Stadt anpassen.....	55
Integrationsfonds ausbauen.....	55
Sport und Kultur	56
Zuschüsse für Sportstättenbau und Vereinsarbeit.....	56
Schwimmkurse	57
Senioren-sport	57
Vereine stärken – Stadtteilsteste sichern.....	58
Freie Szene stärken.....	59
Mannheim ist Standort der Kultur.....	59
Nationale Signale durch große Einrichtungen	59
Die Mannheim-Karte: Teilhabekonzept für Kultur, Sport und Freizeit.....	60
Sicherheit und Ordnung	61
Gute Entwicklungen, aber auch Verbesserungsbedarf beim Feuerwehretat ..	61
Mannheim sauber halten	62
Klarheit für Kommunalen Ordnungsdienst schaffen	62
Aufenthaltsqualität durch Verkehrsüberwachung	62
Tierschutz stärken	63
Stadtteile.....	64

Mannheim wächst

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Mannheimerinnen und Mannheimer,
sehr geehrte Damen und Herren,

meine Rede sollte ursprünglich mit einem anderen Thema beginnen. Nach den schrecklichen Ereignissen vom 13. November 2015 in Paris ist es mir jedoch wichtig, als Demokrat und Bürger Europas einleitend auf diese Untaten und ihre Folgen einzugehen.

Recht auf Freiheit und Gleichheit

Der Terroranschlag in Paris ist ein Schock. Die Mörder sind mit äußerster Brutalität und Berechnung vorgegangen. Sie wollten so viele schutzlose Menschen wie möglich töten und sie richteten ihre automatischen Waffen wahllos gegen jeden. Wir fühlen mit den Opfern. Wir denken an die Familien, die es getroffen hat.

Der Terrorismus fordert das heraus, woran wir im Kern glauben. Er attackiert unsere Idee der Menschlichkeit, des unveräußerlichen Rechts auf Freiheit und Gleichheit. Vor allem wollen die Terroristen die Angst in unsere Gesellschaft tragen und damit die Solidarität zerstören.

Wir sind verwundbar. Das ist wahr. Verwundbar, weil wir zu diesen Rechten stehen und weil wir die offene Gesellschaft nicht preisgeben. Wir teilen die Menschheit nicht auf, wir garantieren allen das gleiche Recht auf Emanzipation und Sicherheit.

Die Mörder haben Zuschauer eines Fußballspiels, Musikfans, Restaurantbesucher und Flaneure am Abend töten wollen. Sie wollen normale Menschen terrorisieren, die besonders wehrlos sind. Unsere offene Gesellschaft aber schützt nicht nur die Privilegierten und errichtet

keine Mauern im Herzen unserer Städte. Wir schützen den öffentlichen Raum, in dem sich alle Bürgerinnen und Bürger frei und sicher bewegen können.

Deshalb sind wir stark. Stärker als die Mörder glauben. Denn das Menschenrecht, das unser Rechtsstaat verkörpert, wird der Vernichtungswut immer überlegen sein. Gewaltherrscher, Fanatiker und Terroristen haben in welchem ideologischen Gewand auch immer diese historische Auseinandersetzung stets verloren. Und sie werden auch jetzt verlieren. Sie verbreiten Schrecken, aber sie haben keine Zukunft.

Geflüchtete gut integrieren

Mit dem zu Ende gehenden Jahr 2015 endet auch der laufende Doppelhaushalt der Stadt Mannheim. Und mit ihm endet vorerst auch eine gemeinsame Hoffnung, die ich bei meiner letzten Haushaltsrede wie folgt vorgetragen hatte.

„Wo stehen wir in Mannheim bis 2015? ... Wir stehen sicher an einer Zeitenwende - nach dem dann vollständigen Abzug der US-Army.“

Zeitenwende – ohne Zweifel erleben wir aktuell eine solche. Doch die US-Army ist nicht wie geplant aus Mannheim abgezogen. Im Gegenteil, die USA und mit ihr die NATO bringen sich wieder in Stellung gegen Russland und der sog. „Kampf gegen den Terror“ im Nahen und Mittleren Osten hat unmittelbare Auswirkungen auf unsere Stadt. Nicht nur auf Coleman, sondern auch auf Franklin, Spinelli und Hammonds.

Auch wenn wir die Hoffnung auf eine erstmalige „Entmilitarisierung“ unserer Stadt auf unbestimmte Zeit begraben müssen, hat sich umso deutlicher folgende Hoffnung bewahrheitet. Wir finden „das friedliche Mannheim auf der politischen Landkarte Europas in einer während der vergangenen Jahrhunderte nie vorstellbaren Position. ... Wir erleben hier

in Mannheim eine Zeit des Friedens und des Wohlstands wie noch keine Generation vor uns.“

Also einerseits um uns herum eine immer instabiler und unsicherer werdende Welt und andererseits hier bei uns soziale Sicherheit, wirtschaftliche Stärke und vor allem größtmöglicher Schutz von Leib und Leben. Und genau diese Konstellation stellt uns nun vor ganz neue, gewaltige Herausforderungen beim Umgang mit dem anhaltenden Flüchtlingszuwachs. Jeden Tag sehen wir, wie viele Menschen aus ihren Heimatländern flüchten, weil sie dort keinen Frieden haben, nicht frei und demokratisch leben und weil von Gerechtigkeit und Solidarität keine Spur zu finden ist.

Und können wir nicht auch ein wenig stolz darauf sein, dass ausgerechnet Deutschland, das noch in der Generation unserer Eltern und Großeltern eine beispiellose Kette von Gewalt, Flucht und Vertreibung verursacht hat, dass ausgerechnet Deutschland heute Ziel der Hoffnungen und Sehnsüchte so vieler Menschen geworden ist, die Sicherheit und Zukunft suchen?

Dass uns die damit verbundene Herausforderung nun mit einer solchen Geschwindigkeit und Heftigkeit fordert, liegt vor allem am Versagen Europas. Seit der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges hat es in Europa nicht mehr solche Fluchtbewegungen gegeben.

Beim Nachlesen meiner letzten Haushaltsrede musste ich leider erkennen, dass sich die zentrale Frage heute dringender stellt denn je: „Was außer der rein materialistischen Sorge um den Euro verbindet uns?“ Und so kann ich heute nur wiederholen: „Europa ist wieder einmal an einer Zeitenwende: wir haben es selbst in der Hand ... in einer globalisierten Welt ... Impulse zu setzen für mehr Menschlichkeit, für Frieden und Verständigung.“

Und insbesondere wir in den immer bunter werdenden europäischen Städten haben es in der Hand, das Zusammenleben der Kulturen friedlich zu gestalten und die enorme Vielfalt als Chance für unsere Entwicklung zu begreifen. Auf uns kommt es an, ob aus der aktuellen Herausforderung eine Überforderung wird oder ob es uns gelingt, aus dem quantitativen Zuwachs einen qualitativen Gewinn für alle zu machen.

Dazu braucht es einerseits praktisches Handeln zur Lösung der Herausforderungen des Alltags: Unterkünfte für Flüchtlinge organisieren, Sprachkurse, Weiterbildung, Wohnungsbau. Aber andererseits geht es dabei um die grundsätzlichen Fragen von Gesellschaftspolitik. Denn hinter allem steht die Frage: Wie halten wir unsere Gesellschaft zusammen?

Und wenn es Experten für gesellschaftlichen Zusammenhalt gibt, dann sind es wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Denn das ist unsere Kernkompetenz seit mehr als 150 Jahren in Deutschland. Und gerade auch die Mannheimer SPD steht wie keine andere Partei in dieser Stadt dafür, Verantwortung zu übernehmen, gerade wenn es schwierig wird. Und ganz ohne Frage stehen wir vor schwierigen Aufgaben.

Die Menschen in unserer Stadt fragen: Schaffen wir das wirklich? Was bedeutet das für mein Leben und das meiner Kinder? Auf wieviel müssen wir verzichten, um den Flüchtlingen helfen zu können?

Dazu bedarf es einer klaren Aussage: Wir kürzen weder im Sozialbereich noch bei der Jugend. Im Gegenteil, wir ergänzen dort, wo es nötig und hilfreich ist – ohne finanzielle Wagnisse eingehen zu müssen. So werden wir beispielsweise die Fortführung des Projekts „Perspektive Waldhof Ost“ sicherstellen. Die Stadt bzw. die GBG kündigt auch keine Wohnungen, um für Flüchtlinge Platz zu machen und wir sind auch nicht auf der Suche nach Wohnungen auf dem privaten Wohnungsmarkt.

Wir möchten einen Flüchtlingsfonds analog dem Integrationsfonds aufsetzen, um Maßnahmen für die Flüchtlingsarbeit zu unterstützen bzw.

um unerwünschte Folgen der kommunalen Flüchtlingsunterbringung aufzufangen.

Was wir jetzt brauchen ist Phantasie und Mut, aber auch Realismus und Pragmatismus. Die Mannheimer SPD kann beides!

Was wir aber zweifelsohne auch brauchen ist die dauerhafte Unterstützung von Bund und Land. Im Bundeshaushalt sind nun zunächst mehr als sechs Milliarden Euro zusätzlich vorgesehen, die zur Umsetzung erforderlichen Programme, etwa im Wohnungsbau müssen nun unverzüglich aufgelegt werden.

Die grün-rote Landesregierung und die kommunalen Landesverbände haben für 2015 und 2016 eine nachlaufende Spitzabrechnung für die gesetzlich festgelegte Kostenpauschale vereinbart. Neben Bayern gehört Baden-Württemberg damit zu den wenigen Bundesländern, die einen nahezu vollständigen Kostendeckungsgrad erreichen.

Auch im zweiten Nachtragshaushalt hat die Landesregierung verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die Kommunen bei der Bewältigung der aktuellen Herausforderungen zu unterstützen. Vorgesehen sind Mehrausgaben im Flüchtlingsbereich für das Jahr 2015 in Höhe von gut 220 Millionen Euro und für das Jahr 2016 in Höhe von über 1,7 Milliarden Euro. Der weit überwiegende Teil fließt dabei an die Stadt- und Landkreise für die vorläufige Unterbringung der Flüchtlinge. Dieses kann das Land übrigens Dank solider Finanzpolitik von Herrn Minister Nils Schmid ohne Neuverschuldung leisten – im vierten Jahr in Folge.

So wird das Sonderwohnungsbauprogramm für Flüchtlinge in den Jahren 2015 und 2016 mit jeweils 30 Millionen Euro an Fördermitteln fortgeführt. Bereits zu Beginn des aktuellen Schuljahres 2015/16 hat die grün-rote Landesregierung 562 zusätzliche Lehrerstellen für den Unterricht von Flüchtlingen zur Verfügung gestellt. Nun sind weitere 600 zusätzliche

Lehrerstellen zur Beschulung von Flüchtlingskindern und Jugendlichen vorgesehen. Weitere drei Millionen Euro werden für die Sprachförderung im vorschulischen Bereich zur Verfügung gestellt. Ebenso wird das Sprachförderprogramm „Deutsch für Flüchtlinge“ fortgesetzt. Und schließlich wird das bürgerschaftliche Engagement zur Integration der Flüchtlinge auch im Jahr 2016 mit zwei Millionen unterstützt.

Flüchtlinge mit keiner Bleibeperspektive sollen wieder zügig in ihre Heimat zurückkehren. Dabei räumen wir einer freiwillige Ausreise in das Herkunftsland den Vorrang ein. Die Landesregierung hat deshalb für das so genannte Rückkehrmanagement die finanziellen Voraussetzungen geschaffen.

An diesen Ausführungen wird deutlich, dass wir zum Einen nur gesamtstaatlich, also Bund, Länder und Kommunen gemeinsam, und zum Anderen als Bürgerschaft insgesamt, also unter Beteiligung aller zivilgesellschaftlichen Kräfte, diese Herausforderung werden gut bewältigen können.

Zuversicht und Realismus ist die Formel, die unsere innere Einstellung prägen muss. Zuversicht, weil wir eine starke und weltoffene Stadt sind. Und Realismus, weil wir wissen, wie groß die Aufgabe ist, vor der wir stehen. Und dass es nicht nur mit der Ankündigung „wir schaffen das“ bereits getan ist.

Gutes Leben – Gutes Lernen!

Was heißt das nun für Mannheim konkret:

Kulturelle Vielfalt als Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg

Mannheims kulturelle Vielfalt, unsere Offenheit und Toleranz sind die Grundlagen unseres wirtschaftlichen Erfolgs, ob zunächst als Handelsplatz, dann beim Aufbau unserer Industrieproduktion und mittlerweile zusätzlich als Zentrum der Kultur- und Kreativwirtschaft.

Mannheim wächst und verändert sich

Mannheim ist eine weltoffene und wachsende Stadt und somit eine Stadt, die sich weiterentwickelt und weiter verändert. Denn in der Mitte Europas ist nur eine solche Stadt in der Lage, die konkreten Herausforderungen einer globalisierten Welt anzunehmen und zu gestalten.

Um die Zukunft unserer Stadt für ihre heutigen und für ihre künftigen Bewohnerinnen und Bewohner erfolgreich zu gestalten, stehen für uns insbesondere zwei Themen im Mittelpunkt:

Wir möchten den Metropolcharakter unserer Stadt weiter stärken. Wir sagen Ja zu mehr Kreativität, mehr Mobilität, zu kultureller Vielfalt, zu einer Stadt mit hoher Lebens- und Aufenthaltsqualität. Wir grenzen uns ab von den Verweigerern, die vor offensichtlichen Entwicklungen die Augen verschließen, die Nein sagen und damit Rückschritt verursachen.

Und wir sagen Ja zu mehr Bildungsgerechtigkeit, zu besseren Chancen von klein auf, für alle. Damit künftig noch mehr Menschen teilhaben an unserer hohen Lebensqualität und mehr Menschen Freude haben am Leben in Mannheim.

Metropolcharakter stärken

„Mannheim bietet mit einer ökologisch und sozial ausgewogenen Urbanität die Vorzüge einer Metropole auf engem Raum ohne die dabei sonst verbundenen negativen Eigenschaften von Großstädten.“

Top-Kennzahl		Maßeinheit	Istwerte				Trend
Nr.	Bezeichnung		2011	2012	2013	2014	
01	Wohnberechtigte Bevölkerung	Personen	325.115	327.708	328.831	331.907	+
02	Siedlungsdichte	Personen je km ²	3.896	3.929	3.936	3.972	+
03	CO ₂ -Emissionen	Prozent	77	85			-
04	Anteil der Erholungs-, Landwirtschafts-, Wald- und Wasserflächen sowie Flächen anderer Nutzung	Promille	487,9	487,8	486,7	486,7	-
05	Mindestsicherungsquote	Prozent	10,2	10,3	10,6	11,0	-
06	Segregationsindex	Prozent	28,3	28,2	28,6	28,1	+
07	Zentralitätskennziffer	Prozent	138,8	141,1	139,2	142,6	+
08	Anteil der befragten Personen, die zufrieden sind, in Mannheim zu leben	Prozent		94,4		94,6	+
09	Anteil der befragten Personen, die der Meinung sind, es sei in Mannheim leicht, eine gute Wohnung zu einem vernünftigen Preis zu finden	Prozent		30,4		24,6	-
10	Anteil der Haushalte, die in Wohneigentum leben	Prozent	2006: 23,7 2010: 26,5				+
11	Anteil des öffentlichen Personenverkehrs und des nichtmotorisierten Verkehrs am Binnenverkehr	Prozent	2008: 64,7		66,9		+

Quelle: Haushaltsplan Stadt Mannheim

Die TOP-Kennzahlen zu diesem strategischen Ziel zeigen uns die bisherigen Erfolge insbesondere bei der Zufriedenheit von mehr als 94 Prozent der Menschen, dass sie in Mannheim leben. Auch der zunehmende Anteil des Umweltverbunds am Binnenverkehr ist erfreulich.

Aber wir sehen auch einen weiter anhaltenden Anstieg der „Mindestsicherungsquote“ und zunehmende Sorgen, „eine gute Wohnung zu einem vernünftigen Preis zu finden“.

Hier geht es uns genau um die im strategischen Ziel beschriebene „ökologisch und sozial ausgewogene Urbanität“ und um die Weiterentwicklung der „Vorzüge einer Metropole auf engem Raum“. Wir wollen in diesem Zusammenhang die vom Oberbürgermeister bis 2017 angekündigte Diskussion über deutliche Veränderungen unserer Haushaltsstruktur nutzen.

Die Mannheim-Karte

Ziel soll sein: Die Mannheim-Karte entwickeln, die folgende Überlegungen berücksichtigt.

- **Mobilitätskonzept für Mannheim: Fahrscheinloser ÖPNV**
- **Teilhabekonzept für Mannheim: Kultur, Sport und Freizeit**

Als wirtschaftliches und kulturelles Zentrum unserer Metropolregion übernehmen wir finanziell und sozial Aufgaben für die gesamte Region. Die Kosten für die Vorhaltung und Nutzung unserer Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Kultur, Sport und Freizeit tragen jedoch ausschließlich wir. Ziel könnte eine elektronische Mannheim-Karte sein, die es den Nutzerinnen und Nutzern ermöglicht, unsere städtischen Leistungen exklusiv oder jedenfalls vergünstigt in Anspruch zu nehmen.

Mit der Mannheim-Karte oder alternativ einer App soll es möglich sein, etwa über eine jährliche Grundgebühr und verschiedene Zusatzoptionen, Leistungen aus folgenden Bereichen zu nutzen: Mobilität (ÖPNV, Carsharing, Radverleih), Kultur (u.a. Nationaltheater, Kunsthalle, Alte Feuerwache, Reiss-Engelhorn-Museen, Technoseum, Planetarium), Sport und Freizeit (Bäder, Eislaufen, Stadtparks).

Die Einbeziehung privater Anbieter ist zur Steigerung der Attraktivität unabdingbar. Alle Vergünstigungen, die durch kommunale Einrichtungen,

aber auch durch die Verwaltung selbst gegeben werden, sollten in der Mannheim-Karte zentralisiert dargestellt werden.

Um bei diesen umfangreichen strukturellen Überlegungen gute Entscheidungen treffen zu können, wollen wir die kommenden beiden Jahre bis zu den Haushaltsberatungen 2017 nutzen, um die dafür notwendigen Fakten zu erheben und zu bewerten.

Wir fordern deshalb die Erstellung einer ÖPNV-Studie, um folgende Fragen zu klären. Wie kann fahrscheinloser ÖPNV finanziert werden und wie kann dieser schrittweise umgesetzt werden? Wir wollen, dass Maßnahmen und Finanzierungsinstrumente aufgezeigt werden, um die für Mannheim, besser für die rnv-Partner Mannheim, Ludwigshafen und Heidelberg, geeignete Variante dafür zu bestimmen.

Mit dieser Studie kann aufgezeigt werden, unter welchen Rahmenbedingungen ein fahrscheinloser Personennahverkehr bei uns machbar ist. Einen ersten finanziellen Orientierungsrahmen bot die Beantwortung der Idee dazu aus dem städtischen Beteiligungshaushalt: Bei 300.000 zahlenden Personen wäre mit einer monatlichen Abgabe von weniger als 25 Euro pro Person zu rechnen, um die bisherigen Erträge zu decken.

Für unsere Einrichtungen in den Bereichen Kultur, Sport und Freizeit fordern wir die Einrichtung einer Lenkungsgruppe, um Vorschläge zur Tarifstruktur der Mannheim-Karte zu erarbeiten.

Die beiden Abschlussberichte sollen bis März 2017 zusammengeführt und dem Gemeinderat zur Beratung vorgelegt werden, um rechtzeitig vor der Aufstellung des nächsten Doppelhaushalts 2018/2019 die ersten Schritte zur Umsetzung zu beschließen.

Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum verbessern

Neben der Möglichkeit zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben mit Kultur, Sport und Freizeit suchen Menschen in einer modernen Großstadt aber auch Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum. Bei der Entwicklung unserer Konversionsflächen verfolgen wir deshalb städtebaulich ganz bewusst einen integrativen Ansatz, um in diesen neuen Quartieren Leben und Arbeiten, Freizeit und Wohnen miteinander zu vereinbaren und dabei die ökologischen Kosten für Energie und Verkehr zu minimieren.

Diesen Anspruch müssen wir künftig auch stärker an die Weiterentwicklung unserer bestehenden Siedlungsstruktur stellen – insbesondere in unseren urbanen Kernbereichen. Dafür brauchen wir in Politik und Verwaltung endlich den Mut, den öffentlichen Raum gegen das allgegenwärtige Blech auf vier Rädern wieder zurückzuerobern.

Die Einsicht in die Notwendigkeit eines solchen Paradigmenwechsels ist bei den Menschen in unserer Stadt nach meinen Erfahrungen der vergangenen Jahre wesentlich ausgeprägter als viele von uns hier meinen. Dies konnten wir zuletzt in der Verkehrserhebung „Mobilität in Städten“ lesen: „Gegenüber Städten vergleichbarer Größe, Zentralität und Topographie werden in Mannheim die Verkehrsmittel des Umweltverbundes (zu Fuß, Fahrrad, ÖPNV) häufiger genutzt. Mannheim weist innerhalb vergleichbarer Städte den drittniedrigsten MIV-Anteil aus.“ Entwicklungspotenziale werden beim Rad im Berufsverkehr gesehen sowie bei der Verfügbarkeit von Zeitkarten im ÖPNV.

Nahezu alle städtebaulichen Fragen zur Weiterentwicklung und Verbesserung in den Quartieren laufen am Ende hinaus auf die Frage: „Wie verringern wir insbesondere den ruhender Verkehr im Straßenraum (‘Blech von der Straße’)?“

Wir schlagen in diesem Zusammenhang vor, im Jahr des Fahrradjubiläums 2017 mit seinen über 200 geplanten Veranstaltungen erstmals auch ein autofreies Wochenende einzurichten. Dieses sollte

mindestens innerhalb des Rings stattfinden, weitere Bezirke sind zu prüfen und mit den Stadtteilakteuren zu erörtern.

Die positiven Erfahrungen mit solchen autofreien Wochenenden in anderen Städten zeigen, dass sich die Bewohnerschaft eine regelmäßige Wiederholung wünscht. Mit einem solchen Erleben einer dann mindestens autoarmen Stadt verlaufen die Diskussionen um dauerhafte Beschränkungen für Fahrzeuge anschließend deutlich entspannter.

Ein entscheidendes Projekt für die Entwicklung unserer Innenstadt ist die Sanierung der Planken. Hier setzen wir auf eine weiterhin enge Abstimmung mit allen Beteiligten, um die attraktivste Einkaufsmeile der Region auch für die Zukunft fit zu machen, aber auch, um die unvermeidlichen Belastungen so gering wie möglich zu halten.

Leben am Fluss gestalten

Mannheims Lage an zwei Flüssen ist ein Alleinstellungsmerkmal. Die sich daraus bietenden Chancen müssen zukünftig besser genutzt werden. Im Wettbewerb der Städte um Menschen werden Lebensqualität und Urbanität immer wichtiger und damit auch städtische Flussufer als Naherholungsgebiete und Begegnungsorte. Während andernorts diese Chancen bereits umgesetzt sind, bleibt die Mannheimer Innenstadt durch Bebauung und Verkehrswege bisher weitgehend von den Flüssen getrennt.

Die erfolgreiche Umgestaltung des Speicher 7 durch private Investoren, die öffentlichen Projekte Musikpark, Popakademie, Stadtgalerie und C-Hub am Verbindungskanal zeigen die Möglichkeiten und Potenziale unserer Stadt ebenso wie die Lofts in der ehemaligen Kauffmannmühle, das „Wohnen am Wasser“ auf dem Luzenberg oder das Konzept „riwwerside“ auf dem Lindenhof.

Die „Interessengemeinschaft Urbanes Leben am Neckar“ als Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Unternehmen

und Interessengruppen setzt sich für eine Attraktivierung des Neckaruferes und seine verbesserte Anbindung an die Mannheimer Stadtmitte ein. Dieses Anliegen wollen wir unterstützen und die Mittel für die erforderlichen Planungen und Kostenermittlungen bereitstellen.

Im Zuge der Neubebauung nach Abbruch des Collini-Centers bietet sich die Möglichkeit einer Neugestaltung am Cahn-Garnier-Ufer. Dabei geht es um eine Ausweitung der Freiflächen zum Neckarufer, die Schaffung eines breiteren Zugangs zum Neckar und zu den Schiffsanlegern unter Einbeziehung der großen Grünfläche des Hans-Böckler-Platzes. Auch die nördliche Neckarseite, unter anderem mit der Perspektive einer Stadtbibliothek aber auch mit der Erweiterung von bestehenden Freizeitangeboten, muss weiter bearbeitet werden.

Neues Technisches Rathaus

In diesem Zusammenhang sind wir froh, mit dem neuen Standort des Technischen Rathauses im Glückstein-Quartier gemeinsam mit allen Fraktionen einen verantwortlichen Beitrag zur Stadtentwicklung leisten zu können. Vor dem Hintergrund der Unsicherheiten beim Bauvorhaben Bilfinger und als klares Signal an die Investitionsbereitschaft potenzieller Investoren wollen wir nun ein funktional und architektonisch überzeugendes Konzept auf den Weg bringen und mit der Ansiedlung des Technischen Rathauses auch die Integration des neuen Stadtteils in die bestehenden Strukturen des Lindenhofs unterstützen.

Für den von uns ursprünglich bevorzugten Standort Schafweide erwarten wir nun zeitnah die von der Verwaltung angekündigte Vermarktung und Entwicklung zu Wohn- und Gewerbebezwecken.

Mobilität stärken: Fuß- und Radverkehr weiter entwickeln

Wir wollen den Anteil des Rad- und Fußverkehrs weiter steigern. Hier hat Mannheim in den vergangenen Jahren eine gute Entwicklung genommen. Im Jahr 2013 hatten von 1.000 Personen 935 ein Fahrrad. 2008 waren es noch 768!

Potenzial sehen wir darin, den Radverkehr mit anderen Verkehrsträgern zu verbinden (zum Beispiel Buslinie mit Fahrradanhänger, Fährverbindungen von Mannheim nach Ludwigshafen). Zudem unterstützen wir die Einrichtung von Radschnellwegen.

Wir begrüßen die wichtigen Projekte, die sich im Haushaltsplan in diesem Zusammenhang finden und wir wollen weitere Punkte unseres BYPAD Radwegekonzepts umsetzen. Neben dem Ausbau und der Schließung von bestehenden Lücken im Radwegenetz wollen wir auch mehr Straßen für Radfahrerinnen und Radfahrer öffnen.

Vorbild für Bildungsgerechtigkeit

„Mannheim ist Vorbild für Bildungsgerechtigkeit in Deutschland.“ Bei diesem strategischen Ziel belegen unsere Top-Kennzahlen eindrucksvolle Erfolge insbesondere in den Bereichen der Kinderbetreuung. Und zwar durchgehend von den unter Dreijährigen über die Tagesbetreuung im Vorschulalter, den Ausbau der Ganztagsangebote und die Schulkindbetreuung.

Ich habe bisweilen den Eindruck, dass diese Leistung der vergangenen Jahre in der Öffentlichkeit nicht ausreichend präsent ist und möchte es deshalb hier ausdrücklich betonen – verbunden mit dem Dank und der Anerkennung an die Beschäftigten in unserer Verwaltung und bei den freien Trägern.

Aber wir müssen auch feststellen, dass die „SGB II-Quote der nicht-erwerbsfähigen Hilfebezieher unter 15 Jahren“ weiter steigt und dass der „Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die allgemeinbildenden Schulen mit Hochschulreife verlassen“, sich nicht vergrößert. Deshalb setzen wir im Bereich der Bildungspolitik und insbesondere der Bildungsgerechtigkeit folgende Schwerpunkte.

MAUS für alle Schulen

Wir haben in Mannheim mit MAUS ein vorbildliches Instrument entwickelt, das die Schülerinnen und Schüler in ihrem Schulalltag unterstützt und bei allen Schulen sehr gefragt ist. Wir haben somit den Vorteil, dass wir mit MAUS bereits eine gute Grundlage für ein Kooperationsmanagement haben. Wir sollten dies gerade für Ganztagschulen nutzen und allen Schulen zur Verfügung stellen, die die Möglichkeit haben, externe Kooperationspartner über ihr Budget einzukaufen.

Wir werden uns deshalb für ein städtisches Kooperationsmanagement einsetzen: Eine Anlaufstelle für die Schulen, bei der alle möglichen

Kooperationspartner gelistet und sowohl die Schulen als auch externe Partner bei ihrer Suche unterstützt werden.

Top-Kennzahl		Maßeinheit	Istwerte				Trend
Nr.	Bezeichnung		2011	2012	2013	2014	
01	Versorgungsquote der Tagesbetreuung der unter Dreijährigen	Prozent	21,3	23,0	30,3	34,3	+
02	Versorgungsquote der Tagesbetreuung der Dreijährigen und Älteren bis Schuleintritt (Kindergartenversorgungsquote)	Prozent	92,9	93,6	93,4	96,1	+
03	Anteil der Kindergartenplätze mit Ganztagesbetreuung	Prozent	38,2	38,9	43,7	46,0	+
04	SGB II-Quote der nicht-erwerbsfähigen Hilfebezieher unter 15 Jahren	Prozent	19,6	19,9	20,5	22,4	-
05	Anteil der Kinder ohne Sprachauffälligkeiten bei der Einschulung	Prozent	79,8	79,7	83,1	81,8	+
06	Schulkindbetreuungsquote	Prozent	47,1	49,0	55,3	58,9	+
07	Gymnasialübergangsquote	Prozent	46	47,5	49,7	49,4	+
08	Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die allgemeinbildenden Schulen (inkl. Förderschulen) ohne Hauptschulabschluss verlassen	Prozent	8,4	8,0	6,3	Bis zum Redaktionsschluss wurden noch keine Daten für 2014 seitens des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg publiziert.	+
09	Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die allgemeinbildenden Schulen mit Hochschulreife verlassen	Prozent	29,3	48,0	27,6		-
10	Anteil der in das Übergangssystem des Berufsbildungssystems neu eingetretenen Schülerinnen und Schüler	Prozent	21,4	17,5	18,5		+

Quelle: Haushaltsplan Stadt Mannheim

Weitere Gemeinschaftsschulen in Mannheim

Die Anmeldezahlen belegen, dass die Gemeinschaftsschule von den Eltern angenommen wird und umso mehr freuen wir uns, dass die

Johannes-Kepler-Werkrealschule nun auch zur ersten
Gemeinschaftsschule in Mannheim Mitte weiterentwickelt wird.

Auch für den Mannheimer Süden wünschen wir uns eine solche
Entwicklung. Die Pfingstbergschule in Rheinau hat hier Interesse
bekundet und mit einer räumlichen Kooperation mit dem Standort Konrad-
Duden ist dies aus unserer Sicht der richtige Weg, den wir gerne
unterstützen.

Sofortprogramm Schulbau in Kooperation mit der BBS

Die großen Maßnahmen an der Friedrich-Ebert-Schule, den Geschwister-
Scholl-Schulen und auch der Neubau der Eduard-Spranger-Turnhalle
sollen, so ist es in den Etatreden des Oberbürgermeisters und des
Kämmerers nachzulesen, über die BBS abgebildet werden.

Diese drei Baumaßnahmen dulden keinen zeitlichen Aufschub und
müssen schnellstmöglich beginnen. Deshalb fordern wir ein
Sofortprogramm Schulen in Kooperation mit der BBS.

Berufsschulen mit passgenauen Angeboten

Die im Jahre 2014 auch unter Beteiligung der SPD-Gemeinderatsfraktion
vorgelegten Empfehlungen der Berufsschulentwicklungskommission
enthalten die Aufstockung der Haushaltsmittel in den Jahren 2016 bis
2018 auf 2,2 Millionen Euro jährlich. Damit soll der Investitionsbedarf in
Werkstätten, Laboren, bei Geräten und der IT-Infrastruktur finanziert
werden. Im Haushaltsentwurf sind jährlich nur 1,15 Millionen Euro - wie in
den Vorjahren – vorgesehen. Wir werden beantragen, diese Mittel jährlich
um 500.000 Euro zu erhöhen. Zusätzlich fordern wir die Wirtschaft auf,
sich in den nächsten drei Jahren ebenfalls mit jährlich 500.000 Euro zu
beteiligen, damit die Empfehlungen auch tatsächlich umgesetzt werden
können.

Der Doppelhaushalt 2016 / 2017

In den zurückliegenden guten Haushaltsjahren konnten wir wichtige Zukunftsinvestitionen und - oftmals seit Jahren nachzuholende - Investitionen in die bestehende Infrastruktur vornehmen. Für die SPD ist klar, dass wir hierbei nicht nachlassen dürfen und unseren Mitteleinsatz etwa bei der Sanierung von Straßen und Brücken mindestens auf dem Niveau der vergangenen Jahre fortschreiben müssen.

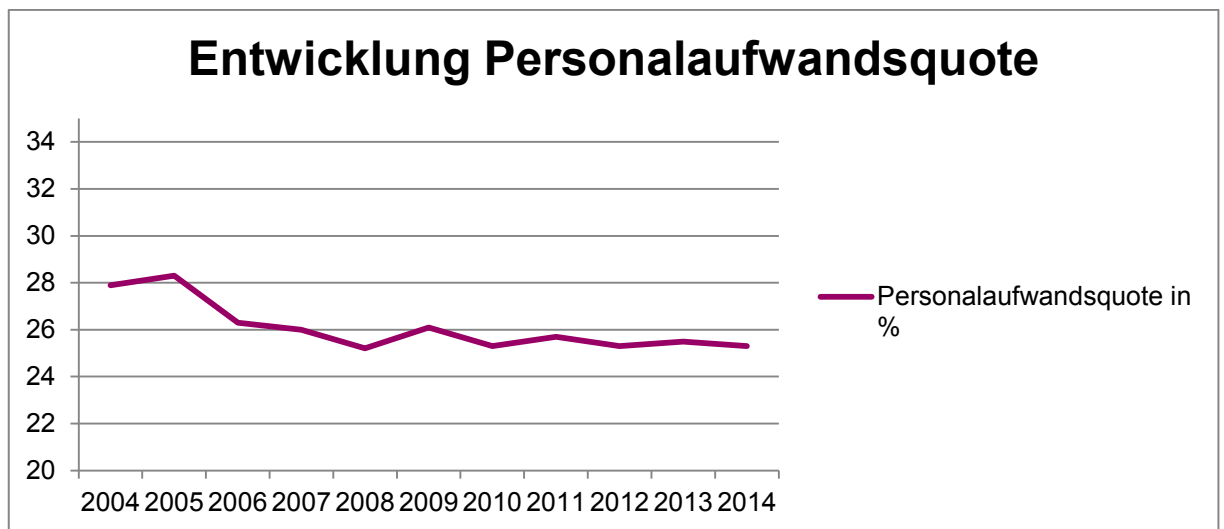
Für unseren noch bis Ende 2015 laufenden Haushalt können wir unter dem Strich eine sehr gute Planerfüllung erwarten. Denn Dank erfreulicher Mehreinnahmen aus der Einkommensteuer und höheren Schlüsselzuweisungen werden insgesamt unsere Einnahmen 2015 sogar übertroffen. Auch der Dreivierteljahresbericht bestätigt die insgesamt guten Zahlen in diesem Jahr. Panikmache ist nicht angebracht!

Allerdings haben wir die veranschlagten Gewerbesteuerereinnahmen vor allem wegen aktueller Probleme bei wesentlichen Mannheimer Unternehmen nicht erzielt und eine kurzfristige Verbesserung ist nicht zu erwarten. Vor diesem Hintergrund bedürfen unsere wirtschaftspolitische Strategie und unsere Bemühungen um Existenzgründungen hinsichtlich ihrer Zielerreichung unserer besonderen Aufmerksamkeit.

Allerdings sind auch unsere Aufwendungen gestiegen. Darauf hat insbesondere der Kämmerer in seiner Haushaltsrede sehr deutlich hingewiesen. Dabei haben Sie, Herr Erster Bürgermeister Specht, zum einen den Anstieg bei den Personalausgaben und zum anderen die Entwicklung bei den Sozialausgaben in den Mittelpunkt gestellt und mit eindrucklichen Grafiken untermauert. Zu beiden Themen bedarf es folgender Erläuterungen.

Personalaufwand

Umfragen zeigen, dass Wirtschaft und Bevölkerung überwiegend mit der Arbeit der Verwaltung zufrieden sind. Das alles ist jedoch nicht zum Nulltarif zu haben. Die Personalaufwandsquote ist in den letzten Jahren mit etwa 25 Prozent am Gesamthaushalt nahezu konstant geblieben, obwohl die Aufgaben z. B. bei der Kinderbetreuung erheblich ausgeweitet wurden. 25 Prozent soll als Zielmenge im Auge behalten werden.



Quelle: Haushaltsplan Stadt Mannheim

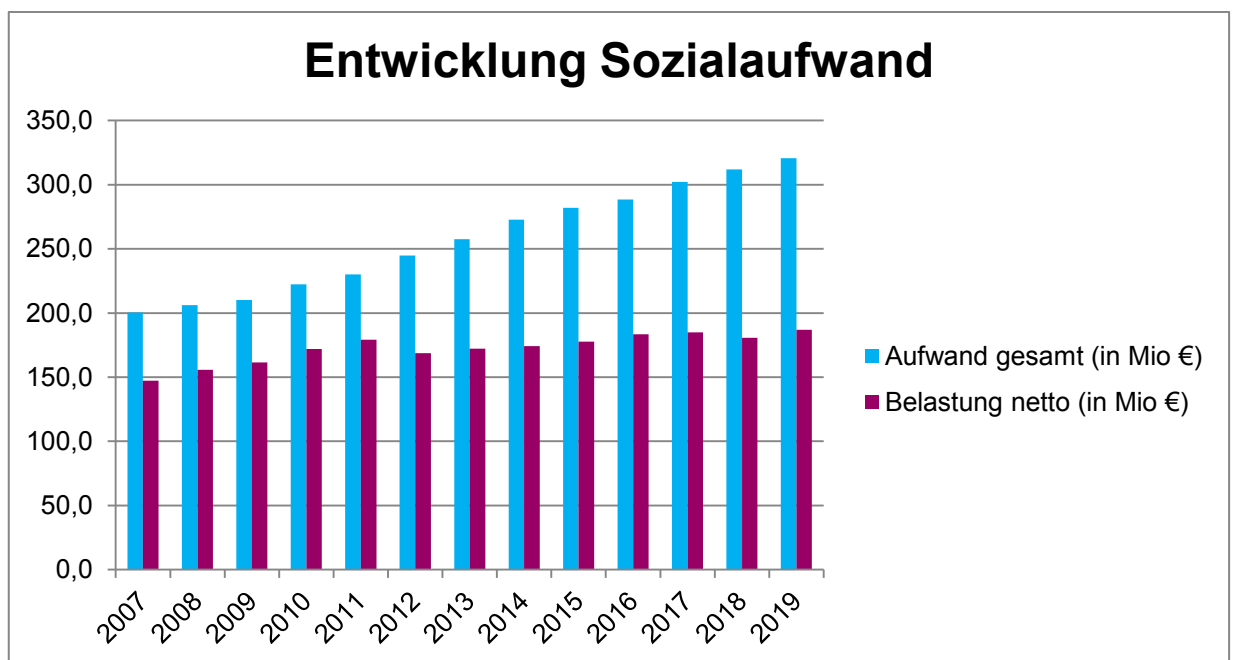
Unsere Verwaltung leistet gute Arbeit. Deshalb ist es aus unserer Sicht nicht angebracht, genau dort und fast ausschließlich dort den Rotstift – wie es einige im Gemeinderat immer wieder fordern – anzusetzen. Dies wäre kontraproduktiv. Vor allem wird dabei so getan, als ob es keinen massiven Ausbau der Kindertagesstätten gegeben hätte, der ja nicht nur vom Gesetzgeber, sondern auch von uns gewollt wurde. Wer Reduzierungen im Personalbereich fordert, muss dann auch konkret sagen, welche Aufgaben wir zukünftig nicht mehr wahrnehmen sollen und das dann auch gegenüber der Bürgerschaft vertreten.

Unser Dank gilt an dieser Stelle den Beschäftigten und Personalräten.

Sozialaufwand

Hier zeigen Sie auf Ihrer Folie den prognostizierten Anstieg des Sozialaufwands bis zum Jahr 2019. Sie zeigen aber nicht, wie sich die Erstattung des Bundes für Mannheim auswirkt. Dies hole ich hiermit gerne nach.

Durch die Bundeserstattung für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Höhe von 35,2 Millionen Euro waren die Steigerungen bei den Sozialausgaben nämlich moderat. Sie haben richtigerweise auch weitere Entlastungen der Kommunen in den Jahren 2015 und 2016 mit jeweils 6 Millionen Euro und im Jahr 2017 mit 15 Millionen Euro berücksichtigt. Ab 2018 rechnen Sie mit einer Entlastung von 30 Millionen Euro.



Quelle: Haushaltsplan Stadt Mannheim

Insgesamt jedoch teilen wir die Einschätzung von Oberbürgermeister und Erstem Bürgermeister, dass die Ertragslage perspektivisch nicht in gleichem Maße steigen wird wie die Aufwendungen. Insbesondere die Gewerbesteuer, die Haupteinnahmequelle unserer Stadt, entwickelt sich nicht so linear ansteigend wie geplant, so dass ein negativer Ergebnishaushalt schon ab dem Jahr 2017 droht.

Die SPD-Gemeinderatsfraktion unterstützt deshalb im Wesentlichen den vom Oberbürgermeister vorgelegten Entwurf für die Jahre 2016 und 2017. Die Ansätze bei der Gewerbesteuer wurden mit 305 Millionen Euro für 2016 und 313 Millionen Euro für 2017 eher vorsichtig gewählt und liegen somit unter unseren Ansätzen der mittelfristigen Finanzplanung. Der vorgeschlagenen und von der Gemeindeprüfungsanstalt geforderten Anhebung der Hebesätze bei der Grundsteuer auf den Durchschnitt der baden-württembergischen Stadtkreise werden wir zustimmen.

Für das vom Gemeinderat bereits bei den Haushaltsberatungen 2013 auf den Weg gebrachte Haushaltsstrukturprogramm II ab dem Jahr 2016 liegen uns nun die konkreten Vorschläge zur Umsetzung in den Dezernaten vor. Hierzu haben wir bereits in den Vorberatungen deutlich gemacht, dass wir diese weitgehend unterstützen.

Gute Arbeit der Stadtreinigung ermöglichen

Die vorgeschlagene Reduzierung bei der Stadtreinigung jedoch werden wir in diesem Umfang nicht mittragen, da sie der parteiübergreifenden Aufstockung bei den letzten Etatberatungen zuwiderläuft und unsere deutlich erkennbaren Erfolge in diesem Bereich in Frage stellt. Außerdem gilt es, der Wahrnehmung der Bevölkerung entgegenzuwirken, wir würden dieses für eine moderne lebenswerte Großstadt wichtige Thema aus dem Blick verlieren. Über eine Gegenfinanzierung wollen wir uns im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen verständigen.

Bezahlbar und gut Wohnen

Wir brauchen in Mannheim mehr preisgünstige, bezahlbare Wohnungen. Die Mietpreise haben in den letzten Jahren dazu ein zu hohes Maß erreicht. Hinzu kommt nun die bevorstehende Integration vieler geflüchteter Menschen. Bund und Länder müssen deshalb die Mittel für die soziale Wohnraumförderung von derzeit etwa zwei Milliarden Euro mindestens verdoppeln, damit genügend neue bezahlbare Wohnungen für alle Gruppen mit niedrigem Einkommen entstehen können.

Insgesamt stehen wir vor folgenden Herausforderungen:

- Steigerung des Wohnungsneubaus
- Schaffung zusätzlicher Angebote an Eigenheimen
- Schaffung attraktiver Angebote im mittleren Preissegment zur Miete und im Eigentum.
- Schaffung zusätzlicher Angebote an barrierearmen und barrierefreien Wohnungen.
- Realisierung weiterer gemeinschaftlicher Wohnprojekte

Dabei fällt der Entwicklung der Konversionsflächen – vor allem von Franklin – eine herausragende Bedeutung zu. Denn insgesamt werden mehr als 100 ha Fläche auf den Konversionsflächen für Wohnungsbau zur Verfügung stehen. Wir wollen die vom Bund zugesagte deutliche Steigerung bei der Wohnraumförderung nutzen, um so den Anteil an vergünstigten Wohnungen bei diesen Neubauten zu erhöhen.

Infrastruktur auf den Konversionsflächen

Die Konversion ragt weiterhin als große Herausforderung für unsere Stadtentwicklung heraus. Wir wollen dabei sicherstellen, dass für die öffentliche Infrastruktur auf den Konversionsflächen in den kommenden Jahren auch Mittel aus dem städtischen Haushalt bereitgestellt werden.

Eine Finanzierung bspw. folgender Maßnahmen ist allein aus den Projektbudgets der MWSP nicht darstellbar.

- Stadtbahnhaltestelle Eisenlohrplatz (TURLEY)
- Stadtbahntrasse FRANKLIN
- Brücken FRANKLIN und TAYLOR
- Sportanlagen FRANKLIN
- Kinderbetreuung und Schule FRANKLIN

Für diese Themen finden sich im aktuellen Haushaltsplan keine Mittel. Wir erwarten hierzu im Rahmen der Etatberatungen Erläuterungen durch die Verwaltung. Denn für eine erfolgreiche Entwicklung der verschiedenen

Konversionsflächen sind diese Maßnahmen unverzichtbar und wurden den Investoren auch zugesagt.

Zuschüssen in den Bereichen Soziales, Sport und Kultur

Die SPD-Gemeinderatsfraktion wird bei den vorgesehenen Zuschüssen in den Bereichen Soziales, Sport und Kultur Ergänzungen beantragen, diese finden sich größtenteils im Druckexemplar dieser Haushaltsrede.

Finanzierungsvorschläge Finanzhaushalt

Zur Verbesserung unseres Haushalts wollen wir für unsere gemeinsame Diskussion folgende Anregungen geben:

- Kürzung Marketingbudget Glückstein (1 Millionen Euro)
- Kürzung Glückstein sonstiges (0,5 Millionen Euro)
- Reduzierung Ankauf Grundstücke (0,5 Millionen Euro)
- Verkaufserlös Grundstück „Schafweide“ (3 Millionen Euro)
- Verkaufserlös Grundstück Bildungscampus Neckarau

Gemeinderat stärker im Haushaltsvollzug beteiligen

Um den Gemeinderat auch im Haushaltsvollzug stärker zu beteiligen, schlagen wir vor, zusammen mit der Haushaltssatzung eine Prioritätenliste gewünschter/zurückgestellter Anträge aus den Haushaltsberatungen zu erstellen. Kommt es im Vollzug seitens der Verwaltung zu außerplanmäßigen Ausgabenvorschlägen, soll zunächst diese Prioritätenliste des Gemeinderats zum Zuge kommen.

Beteiligungshaushalt bringt neue Perspektiven

Für eine gute Entwicklung einer Stadt ist es wichtig, diese gemeinsam mit Engagierten und Interessierten zu betreiben. Eine Möglichkeit dazu ist der neue Beteiligungshaushalt. Wir sind sehr zufrieden mit der Teilnahme der Mannheimerinnen und Mannheimer. Es wurden auch einige neue Aspekte eingebracht, die wir so vielleicht nicht im Blick gehabt hätten. Einige Vorschläge werden durch die Verwaltung weiterverfolgt. Wir werden bei

unseren weiteren Beratungen intensiv prüfen, welche Vorschläge zu realisieren sind.

Natürlich können wie immer im Leben nicht alle Ideen berücksichtigt werden. Dafür bitte ich die Ideengeberinnen und Ideengeber um Verständnis. Zugleich möchte ich Ihnen sowie allen Teilnehmenden danken, dass Sie sich engagieren. Ich möchte Sie darin bestärken, nicht zu verzagen, falls Ihr Anliegen nicht – oder zumindest nicht sofort – umgesetzt werden kann. Tragen Sie Ihre Ideen direkt an uns heran, wir diskutieren Sie gerne mit Ihnen. Wir sind zuversichtlich, dass ein unterjähriges Angebot guten Anklang finden wird.

Bundesgartenschau 2023

Zum Abschluss meiner Ausführungen aus aktuellem Anlass noch einige Worte zum weiteren Umgang mit der Bundesgartenschau.

Der weitere Umgang mit der Fläche Spinelli erscheint heute ungewisser denn je. Und zwar nicht wegen der nun erfolgten Belegung mit Flüchtlingen, sondern weil ein großer Teil dieses Gemeinderats seit Jahren seiner politischen Verantwortung nicht gerecht wird. Für die SPD-Gemeinderatsfraktion darf ich wie in der Haushaltsrede 2011 und 2013 auch heute, mittlerweile in 2015 wiederholen: *„Eine Bundesgartenschau kann uns helfen und macht nur dann Sinn, wenn wir dadurch die enormen Aufgaben der Stadtentwicklung auf den ehemaligen Militärf lächen besser und schneller bewältigen können.... Wir wollen mit einer Bundesgartenschau die aktive Renaturierung ... der Konversionsflächen betreiben und ein zeitgemäßes Naturverständnis verwirklichen. Um unseren bestehenden Mangel an hochwertigen Wohnangeboten zu beheben, entwickeln wir auf geeigneten Konversionsflächen behutsam die Ortsränder...“*

Die SPD steht nach wie vor zu dem Ergebnis des positiven Bürgerentscheids zur Bundesgartenschau. Dabei ist es unabdingbar, dass wir eine Lösung bei der Verkehrsführung zwischen Aubuckel und Spinelli finden, die auch vom Gemeinderat getragen wird. Dies war und bleibt die berechenbare Position der Mannheimer SPD.

Seit dem im Januar 2013 maßgeblich von der SPD herbeigeführten Kompromiss der drei großen Gemeinderatsfraktionen zur BUGA waren folgende Eckpunkte für die Straße „Am Aubuckel“ klar: *„Entweder sie wird Teil des BUGA-Geländes und kann so gestaltet werden, dass sie weniger Hindernis, sondern Gestaltungsteil wird oder aber sie wird an die Bahntrasse verlegt.“* Und auch das weitere Vorgehen war klar vereinbart. Durchführung des Ideenwettbewerbs und parallel dazu ein vertieftes Verkehrsgutachten, um anschließend die künftige Straßenführung auf

Grund von Sachargumenten und fachlichen Einschätzungen entscheiden zu können.

Inzwischen ist der europaweite Wettbewerb zur Landschaftsplanung und zum Städtebau abgeschlossen und auch das zusätzliche Gutachten zur Verkehrsführung liegt vor. Darin machen renommierte Landschaftsarchitekten, Städteplaner und insbesondere Verkehrs- und Umweltgutachter fachlich begründet klare Aussagen und geben uns eindeutige Empfehlungen.

Doch weder die CDU noch die GRÜNEN sind in der Lage, ihre jeweiligen parteitaktischen Erwägungen für unsere gesamtstädtischen Interessen zurückzunehmen. Beide nehmen für sich in Anspruch, das Votum von wenigen Dutzend ihrer Parteimitglieder zum alleinigen Maßstab für die Entscheidung ihrer Fraktion im Gemeinderat zu erheben. Auch hier darf ich den Appell aus meiner letzten Etatrede wiederholen: *„wir alle sollten als gewählte und legitimierte Vertreter der Mannheimer Bürgerschaft noch stärker die uns übertragene Verantwortung annehmen und für unsere Entscheidungen werben.“*

Die SPD-Gemeinderatsfraktion folgt klar den Empfehlungen und Ergebnissen der beauftragten Wettbewerbe und Gutachten. Wir sprechen uns eindeutig aus für die Verlegung der Straße an die Riedbahntrasse. Sollte keine der Varianten zum Umgang mit der Straße eine Mehrheit erhalten und die Straße am Aubuckel so bestehen bleiben, werden wir intensiv darüber beraten, ob die Durchführung einer Bundesgartenschau 2023 unter solchen Voraussetzungen wirtschaftlich verantwortbar ist.

Auf den Punkt gebracht

Ausführlichere Darlegungen zu unseren Positionen, gerade auch in den vielen genauso wichtigen Bereichen, die wegen des zeitlichen Rahmens in der gesprochenen Rede keinen Platz haben können, finden Sie in unserem Druckexemplar.

An dieser Stelle möchte ich unsere wesentlichen Forderungen nochmals deutlich machen:

- 1. Geflüchtete gut integrieren, mit Realismus und Pragmatismus - Flüchtlingsfonds einrichten**
- 2. Mannheims Metropolcharakter stärken, etwa mit einer Mannheim-Karte für fahrscheinlosen ÖPNV, Kultur, Sport und Freizeit**
- 3. Vorbild für Bildungsgerechtigkeit sein, BBS-Sofortprogramm starten, MAUS für alle ermöglichen, Berufsschulen stärken**
- 4. Stadtteile gezielt weiter voranbringen: Im Norden zum Beispiel Sanierung des Zentrums Käfertal angehen, in der Mitte Leben am Fluss gestalten, im Süden Quartiermanagement Rheinau ermöglichen.**

Dank

Mein Dank im Namen der SPD-Gemeinderatsfraktion gilt den zahlreichen Müttern und Vätern dieses Haushaltsplanentwurfs in der Stadtverwaltung, an der Spitze Herrn Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz, Herrn Ersten Bürgermeister Christian Specht, unseren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie den zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Mein Dank geht auch an den Gesamtpersonalrat, stellvertretend Frau Gitta Süß-Slania, und an die Personalräte in den Fachbereichen und Dienststellen, die im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr gut mit uns zusammenarbeiten.

Ich bedanke mich bei allen, die uns in Vorgesprächen mit ihrem Fachwissen beraten haben – innerhalb wie außerhalb der Verwaltung. Ich bedanke mich für die kritische Reflektion durch unsere Partei und für die zahlreichen Anregungen aus der Bevölkerung. Auch danke ich der Presse und den Medien für Ihre Berichterstattung.

Mein Dank gilt ebenfalls unserer Fraktionsgeschäftsstelle, die mich bei der Vorbereitung dieser Rede unterstützt hat. Abschließend bedanke ich mich sehr herzlich bei meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen für die Unterstützung und freue mich nun auf die Etatberatungen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Ende der Rede in gesprochener Form.

Kinder, Jugend, Bildung

Kinderbetreuung ausbauen

Durch die enormen Anstrengungen und finanziellen Aufwendungen der letzten Jahre konnte in Mannheim die Herausforderung des Krippenausbaus, vor dem Hintergrund des Rechtsanspruches auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige, gemeistert werden. Den weiteren Ausbau werden wir selbstverständlich unterstützen. Im Kindergartenbereich geht es hauptsächlich um die Umwandlung von Regelplätzen in Ganztagesplätze, um der gestiegenen Nachfrage der Eltern nach Ganztagesplätzen für ihre Kinder nachzukommen.

Auch hierbei gibt es bauliche Herausforderungen, denn nicht alle Kindergärten haben die räumlichen Möglichkeiten, Schlafräume zu schaffen. Grundsätzlich muss nun auch der Blick auf die Versorgungslage in den einzelnen Stadtteilen geworfen werden, denn hier gibt es zum Teil deutliche Unterschiede.

Im Hortbereich wird der Ausbau der Ganztageschulen langfristig eine Entlastung im Bereich der Hortbetreuung bringen. Bis dahin muss es unser Ziel sein, dass alle Kinder, die einen Hortplatz benötigen, diesen auch erhalten. Die freien Träger haben in diesem Bereich in den letzten Jahren viele Plätze geschaffen, auch dafür gilt Ihnen unser Dank!

Offene Kinder- und Jugendarbeit erweitern

Immer herausfordernde Lebenswelten für Kinder und Jugendliche, die in dieser schnelllebigen Zeit aufwachsen, machen die offene Kinder- und Jugendarbeit immer wichtiger. Sie verfügt über spezifische Zugänge und Lernfelder, die den Erwerb von non-formaler und informeller Bildung in besonderer Weise begünstigen. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit leistet einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung einer

ausgewogenen sozialen Infrastruktur in den Städten. Zugleich hat sie durch die Integration von bildungs- und sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen einen wesentlichen Anteil an der Vermeidung von Ausgrenzung.

Bei den Angeboten der offenen Jugendarbeit, seien es Jugendtreffs oder die Jugendverbandsarbeit, finden Kinder und Jugendliche wichtige Anlaufstellen und die Möglichkeit sich zu entfalten.

Den Stadtjugendring möchten wir bei seinem Ziel unterstützen, sich interkulturell weiter zu öffnen. Wir werden deshalb beantragen, gemäß dem Vorschlag des Stadtjugendrings, ab dem 31. Mitgliedsverband je zusätzlich aufgenommenem Verband den Zuschuss um 4.000 Euro zu erhöhen.

Wir halten weiterhin fest an unserem Ziel, Jugendtreffs in der Schwetzingenstadt und auf dem Luzenberg einzurichten. Die mobile Jugendsozialarbeit wollen wir dort bis zur Umsetzung sicherstellen. Wir gehen davon aus, dass die Suche nach geeigneten Räumlichkeiten bald abgeschlossen ist und die beiden Jugendtreffs zeitnah eröffnen können.

Kinder und Jugendliche beteiligen

Das Mannheimer Modell für Kinder- und Jugendbeteiligung ist ein gutes Instrument, um schon die junge Generation zu beteiligen und an politische Prozesse heranzuführen. Es muss jedoch gelingen, nach den Kinder- und Jugendversammlungen auch Informationen über den Fortgang der von den Kindern und Jugendlichen angesprochenen Themen weiterzugeben.

Oft dauern politische Prozesse sehr lange und fordern von allen Beteiligten viel Geduld. Nur durch eine gute Kommunikation auch nach den Versammlungen kann es gelingen, diese Prozesse für die Kinder und Jugendlichen transparent und nachvollziehbar zu machen. Wir sind sehr gespannt auf den Vorschlag der Verwaltung, die Kinder- und

Jugendbeteiligung aufgrund der Änderungen in der Gemeindeordnung neu auszurichten.

Die Wahlbeteiligung der Erst- und Jungwähler/innen war erschreckend und macht deutlich, dass wir neue Wege gehen müssen, um diese Wählergruppe zu erreichen. Denn eines machen die Kinder- und Jugendversammlungen sehr deutlich: Die junge Generation möchte mitgestalten und hat viele Ideen, wie unsere Stadt noch lebenswerter sein könnte.

Bildung ganzheitlich fassen

Wir fassen den Bildungsbegriff ganzheitlich. Auch die Stadt Mannheim geht schon lange den Weg, die Schulen, jenseits von der reinen Wissensvermittlung, dahingehend zu unterstützen. Das Ziel, mehr Bildungsgerechtigkeit in Mannheim zu schaffen, ist nur zu erreichen, wenn es gelingt, Unterstützungssysteme in den Schulalltag zu integrieren.

Ganztagschulen ausbauen – MAUS für alle

Wir erleben eine Entwicklung hin zu mehr Ganztagschulen und dies ist aus zweierlei Gründen gut: Wir sind überzeugt davon, dass ein sinnvoll rhythmisierter Schulalltag gerade den Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern entgegenkommt und sie dabei unterstützt, ihr Potential zu entfalten. Auch unter dem Aspekt der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist der Ausbau der Ganztagschulen die richtige Entwicklung.

Die Landesregierung hat nach so vielen Jahren des Schulversuchs endlich eine Gesetzesgrundlage für die Ganztagesgrundschulen geschaffen und damit auch die Rahmenbedingungen festgelegt. Dadurch ist nun ein Budget vorhanden, das die Schulen für den Einsatz von außerschulischen Kooperationspartnern verwenden können. Dies begrüßen wir ausdrücklich und sind der Meinung, dass hier nun die Kommune ins Spiel kommen sollte.

Gerade in Mannheim haben wir mit MAUS ein einzigartiges Instrument entwickelt, das die Schülerinnen und Schüler in ihrem Schulalltag unterstützt und bei allen Schulen sehr gefragt ist. Wir haben den großen Vorteil, dass wir mit MAUS bereits eine gute Grundlage für ein Kooperationsmanagement haben.

Aus unserer Sicht sollten wir diese Grundlage nutzen und sie allen Schulen zur Verfügung stellen, die die Möglichkeit haben, sich externe Kooperationspartner über ihr Budget einzukaufen. Wir werden uns

deshalb für ein städtisches Kooperationsmanagement einsetzen: Eine Anlaufstelle für die Schulen, bei der alle möglichen Kooperationspartner gelistet und sowohl die Schulen als auch externe Partner bei ihrer Suche unterstützt werden. Hierbei geht es beispielsweise auch um eine Entwicklung als Sport-MAUS.

Nun müssen auch wir als Kommune unsere Rahmenbedingungen für die Ganztagesgrundschulen festlegen und damit Planungssicherheit schaffen für die Schulen, die Ganztageschule werden möchten.

Humboldt-Schule erweitern

Der Ausbau der Ganztageschulen ist aus kommunaler Sicht auch eine große Herausforderung, was die baulichen Voraussetzungen angeht. Die Gerhart-Hauptmann-Schule, der Abschluss des Ausbaus der Bertha-Hirsch-Schule und die Wallstadtschule sind hier im Haushalt berücksichtigt.

Wir möchten den Blick jedoch nicht ausschließlich auf die Grundschulen richten, denn auch im weiterführenden Bereich gibt es Bedarf für Ganztageschulen. Insbesondere die Humboldt-Werkrealschule ist hier aus unserer Sicht in den Blick zu nehmen. Sowohl die Humboldt-Grundschule als auch die Werkrealschule möchten Ganztageschule werden. Nach unserer Auffassung ist hier die Weiterentwicklung zur Gemeinschaftsschule zu prüfen.

Der Standort der Schulen, der viele Herausforderungen mit sich bringt und die außerordentlich wertvolle Arbeit, die beide Schulen leisten, machen es aus unserer Sicht erforderlich, nun ein Bildungszentrum in der Neckarstadt-West zu schaffen, das allen Kindern und Jugendlichen dieses Stadtteils die Möglichkeit gibt, ihre Potentiale zu entfalten. Weil am Standort Humboldt ohnehin die Frage des Brandschutzes und der Sanierung des Gebäudes ansteht, befürworten wir ein Gesamtkonzept für den Schulstandort.

Gemeinschaftsschule ist erfolgreich

Die Kerschensteinerschule benötigt dringend Differenzierungsräume. Hier müssen im Rahmen des Haushalts die erforderlichen Mittel für den Um-/Anbau bereitgestellt werden. Sie sind auch so im Entwurf vorgesehen. Die Anmeldezahlen belegen, dass die Gemeinschaftsschule von den Eltern angenommen wird. Umso mehr freuen wir uns, dass die Johannes-Kepler-Werkrealschule nun auch zur ersten Gemeinschaftsschule in Mannheim Mitte weiterentwickelt wird.

Auch für den Mannheimer Süden wünschen wir uns eine solche Entwicklung. Die Pflingstbergschule in Rheinau hat Interesse bekundet. Bei einer räumlichen Kooperation mit dem Standort Konrad-Duden ist dies aus unserer Sicht der richtige Weg, den wir gerne unterstützen.

Sofortprogramm Schulen und BBS

Wir dürfen in unseren Bemühungen, alle Schulstandorte zu sanieren bzw. an entsprechender Stelle neu zu bauen, nicht nachlassen. Die Generalsanierungen des Johanna-Geissmar-Gymnasiums, des Karl-Friedrich-Gymnasiums, der Sandhofenschule und die Generalsanierung der Pestalozzischule finden im Haushaltsplanentwurf Berücksichtigung. Der Haushaltsentwurf macht jedoch auch deutlich, dass es nicht möglich ist, alle notwendigen Maßnahmen über den städtischen Haushalt abzubilden.

Deshalb fordern wir ein Sofortprogramm Schulen in Kooperation mit der BBS. Die großen Maßnahmen an der Friedrich-Ebert-Schule, den Geschwister-Scholl-Schulen und auch der Neubau der Eduard-Spranger-Turnhalle sollen, so ist es in den Etatreden des Oberbürgermeisters und des Kämmers nachzulesen, über die BBS realisiert werden. Die vertraglichen Voraussetzungen dafür sind noch zu prüfen. Wir werden diesen Prozess eng begleiten, denn eines ist für uns klar: Diese drei

Baumaßnahmen dulden keinen zeitlichen Aufschub und müssen schnellstmöglich beginnen.

Schulsozialarbeit für zusätzliche Schulen

Ein Thema, das alle Schularten betrifft und das für uns besonders wichtig ist, ist der Ausbau der Schulsozialarbeit. Schulsozialarbeit leistet einen wichtigen Beitrag, um Schülerinnen und Schüler in schwierigen Phasen aufzufangen und auch die Lehrer/innen bei ihrer Arbeit zu unterstützen.

Der Haushaltsentwurf sieht keinen Ausbau von Schulsozialarbeit vor. Aus unserer Sicht muss dieser jedoch weitergehen. Wir werden uns in den Etatberatungen dafür stark machen, dass zusätzliche Schulen von Schulsozialarbeit profitieren können. Wir erwarten dafür eine Prioritätenliste und fordern die Verwaltung auf, diese zeitnah vorzulegen.

Berufsschulen mit passgenauen Angeboten

Unsere beruflichen Schulstandorte müssen passgenaue Ausbildungsangebote zur Verfügung stellen, die sich am Bedarf der Wirtschaft und unserer wirtschaftspolitischen Strategie orientieren. Dafür brauchen wir die Weiterentwicklung zu Kompetenzzentren, besonders im gewerblich-technischen Bereich durch eine noch effizientere Profilbildung der beruflichen Schulen.

Notwendige Investitionen in die Fachräume und Sachausstattung, vor allem in Maschinen auf neuestem technologischem Standard und damit in die Verbesserung der Qualität, sollen ermöglicht werden.

Die Justus-von-Liebig Schule erfüllt bereits jetzt mit ihrem hohen Anteil handwerklicher Berufe und mit einem besonderen Förderangebot für schwächere Schülerinnen/Schüler eine besondere Funktion. Diese Angebote werden wohl, auch angesichts der Zuwanderung, weiter vorgehalten und voraussichtlich sogar ausgebaut werden müssen.

Deshalb war es auch richtig, dass die erste Schulsozialarbeiterstelle im Bereich der beruflichen Schulen an der Justus-von-Liebig Schule eingerichtet wurde. Die SPD setzt sich dafür ein, dass schrittweise auch an den anderen beruflichen Schulen Schulsozialarbeit eingerichtet wird.

Die im Jahre 2014 auch unter Beteiligung der SPD-Gemeinderatsfraktion vorgelegten Empfehlungen der Berufsschulentwicklungskommission enthalten die Aufstockung der Haushaltsmittel in den Jahren 2016 bis 2018 auf 2,2 Millionen Euro jährlich. Damit soll der Investitionsbedarf in Werkstätten, Laboren, bei Geräten und der IT-Infrastruktur finanziert werden. Die Verwaltung schlägt vor, im nächsten Doppelhaushalt jährlich nur 1,15 Millionen Euro - wie in den Vorjahren – zur Verfügung zu stellen. Die SPD wird beantragen, diese Mittel jährlich um 500.000 Euro zu erhöhen. Sie fordert die Wirtschaft auf, sich in den nächsten drei Jahren ebenfalls mit jährlich 500.000 Euro zu beteiligen, damit die Empfehlungen auch tatsächlich umgesetzt werden können.

Die SPD-Gemeinderatsfraktion begrüßt und unterstützt, dass sich die Carl-Benz- und die Werner-von-Siemens-Schule an dem Landesprojekt „Lernfabriken Industrie 4.0“ beteiligen, wobei sich Stadt und Land die Finanzierung teilen.

Zeitgemäße Stadtbibliothek

Wir warten auf die Auswertung der Machbarkeitsstudie bezüglich des Standorts einer zeitgemäßen Stadtbibliothek und hätten uns gewünscht, die Ergebnisse hierzu bereits vor den Etatberatungen zu erhalten.

Es ist dringend erforderlich, dass die Stadtentwicklung in der Neckarstadt um diese herausragende Bildungsinstitution ergänzt wird. Die Stadt Mannheim kann es sich nicht leisten, diese Chance einer Bildungsachse am Neckar vergehen zu lassen.

Positiv zu erwähnen ist, dass das Geld für einen mobilen Bücherbus, der dringend benötigt wird, im Etatentwurf vorgesehen ist.

Bildung und Integration

Der Entwicklungsplan Bildung und Integration, der auf Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion implementiert worden ist, hat die erste Grundlage gelegt, überprüfbare Ergebnisse der interkulturellen Öffnung der Verwaltung und des Verwaltungshandelns zu schaffen.

Im Rahmen eines Best Practice Beispiels des „Integrativen Schulcampus“ wurden Steuerungsmöglichkeiten der interkulturellen Öffnung verdeutlicht. Daran gilt es anzuknüpfen.

Übergang Schule-Beruf

Die SPD-Gemeinderatsfraktion unterstützt die Schaffung eines kommunal gesteuerten, zusammenhängenden und transparenten Übergangssystems, das die einzelnen Jugendlichen optimal durch die Phasen der Berufswegeplanung begleitet und zu einem erfolgreichen Einstieg in das Berufsleben führt.

Das System der Ausbildungslotsen hat sich bewährt. Wir fordern eine Weiterentwicklung zu einem Drei-Säulenmodell aus Berufsorientierung, Berufsschulentwicklung und Ausbildungsplatzförderung.

Stadtentwicklung, Konversion, Nachhaltigkeit

Bei unserem strategischen Ziel „Urbanität stärken“ zeigen die Top-Kennzahlen die bisherigen Erfolge etwa in den Bereichen „Wohnberechtigte Bevölkerung“, bei der „Zentralitätskennziffer“ und insbesondere bei der Zufriedenheit von mehr als 94 Prozent der Menschen, dass sie gern in Mannheim leben. Auch der zunehmende Anteil des Umweltverbands am Binnenverkehr ist erfreulich. Aber wir sehen auch einen weiter anhaltenden Anstieg der „Mindestsicherungsquote“ und zunehmende Sorgen, „eine gute Wohnung zu einem vernünftigen Preis zu finden“. Hier geht es uns genau um die im strategischen Ziel beschriebene „ökologisch und sozial ausgewogene Urbanität“ und um die Weiterentwicklung der „Vorzüge einer Metropole auf engem Raum“.

Die Mannheim-Karte: Fahrscheinloser ÖPNV

Gleichberechtigte Teilhabe am sozialen Leben der Stadt setzt Mobilität voraus. Wir wollen allen, die sich in unserer Stadt aufhalten, ermöglichen, sich ungehindert in Mannheim zu bewegen: unabhängig von ihrem Einkommen, ihrem Aufenthaltsstatus, ihrem Alter oder einer körperlich eingeschränkten Mobilität.

Viele Menschen verzichten inzwischen bewusst darauf, ihre alltäglichen Wege mit dem eigenen Auto zurückzulegen. Durch einen fahrscheinlosen ÖPNV kann dieser erfreuliche Trend weiter verstärkt und ein weiterer Anreiz dafür geboten werden, das eigene motorisierte Fahrzeug stehen zu lassen, oder es sogar ganz abzuschaffen. Das würde für eine dringend nötige Entlastung unserer Verkehrsinfrastruktur sorgen und helfen, Luftverschmutzung und Lärmbelästigung zu verringern.

Doch beim fahrscheinlosen ÖPNV geht es um mehr: Mobilität muss neu und zukunftsorientiert gedacht werden. Der Nahverkehr ist Teil einer sehr komplexen Verkehrsinfrastruktur, er darf daher nicht isoliert betrachtet und bewertet werden. Dazu gehört der motorisierte Individualverkehr (MIV) ebenso wie der Umweltverbund aus ÖPNV, Carsharing und vor allem aus dem Fuß- und Radverkehr.

Die Zukunft der Mobilität liegt im Umweltverbund. Sie ist „intermodal“, das heißt, für einen Weg können unterschiedliche Verkehrsmittel miteinander kombiniert werden.

Der fahrscheinlose ÖPNV stärkt den Nahverkehr als unverzichtbaren Teil einer sozialen, ökologischen und zukunftsfähigen Mobilität. Fahrgäste werden in Bussen und Bahnen wieder ausschließlich Fahrgäste. Eine solidarische Umlagefinanzierung beendet den Tarifdschungel und hilft, die Fahrpreis-Spirale zu durchbrechen.

Eine Sorge wird immer wieder vorgebracht: Ein fahrscheinloser ÖPNV würde den Fuß- und Radverkehr schwächen. Wir betrachten den fahrscheinlosen ÖPNV als Teil des Gesamtkonzepts, das dem privilegierten MIV sein Privileg nimmt, den größten Anteil der vorhandenen Verkehrsflächen zu nutzen. Der frei werdende Straßenraum muss so umgestaltet werden, dass sowohl Fußverkehr als auch Radverkehr eine deutliche Attraktivitätssteigerung erfahren (Mannheimer 21-Punkte-Programm).

Wir fordern deshalb die Erstellung einer ÖPNV-Studie, um folgende Fragen zu klären. Wie kann fahrscheinloser ÖPNV finanziert und schrittweise umgesetzt werden? Es sollen Maßnahmen und Finanzierungsinstrumente aufgezeigt werden, um die für Mannheim, besser für die rnv-Partner Mannheim. Ludwigshafen, Heidelberg, geeignete Variante zu bestimmen. Mit dieser Studie kann aufgezeigt werden (analog zu aktuellen Diskussionen in Berlin und anderen Städten),

unter welchen Rahmenbedingungen ein fahrscheinloser ÖPNV machbar ist.

Konversion kommt voran

Auf der Grundlage unserer umfangreichen Ideensammlung aus den Weißbüchern zur Konversion sind mittlerweile viele konkrete Baumaßnahmen geworden. Einzig die Zukunft Colemans ist nach dem Stopp des Abzugs der US-Army unklar. Dennoch wollen wir die dafür begonnenen Planungen fortführen, um handlungsfähig zu bleiben.

Auf den beiden Flächen Turley und Taylor, die von der MWSP erworben und entwickelt wurden, ist die Umsetzungsphase bereits weit fortgeschritten. Nach heutigem Stand ist die Finanzierung durch den Verkauf der Flächen gesichert, inklusive eines Großteils der Infrastrukturmaßnahmen.

Mischung auf Turley

Im Turley-Quartier in der Neckarstadt wohnen und arbeiten bereits viele Menschen, die Erschließungsarbeiten sind in vollem Gange und zahlreiche Baukräne drehen sich. Hier werden in zwei bis drei Jahren etwa 1.500 Menschen leben und einige Hundert auch arbeiten. Bemerkenswert ist die gelungene Mischung aus Wohneigentum, Miete und gemeinschaftlichen Wohnformen. Genau diesen Ansatz verfolgen wir auch für die Entwicklung von Franklin. Ein wichtiger Beitrag für die sehr erfolgreiche Vermarktung auf Turley ist die hervorragende Anbindung an die vorhandene und die künftige Stadtbahntrasse.

Die SPD tritt dafür ein, dass die vorgesehene Haltestelle am Eisenlohrplatz auch tatsächlich gebaut wird. Denn durch eine entsprechende Platzgestaltung und den Übergang über die B 38 zu Turley erfolgt auch eine Einbindung von Wohlgelegen. Die Einschätzung des zuständigen Ersten Bürgermeisters, dass dies derzeit nicht vorrangig sei, ist für uns nicht nachvollziehbar.

Taylor gut anbinden

Im Gewerbegebiet Taylor auf der Vogelstang sind zwei große Neubauprojekte bereits seit vielen Monaten in Betrieb, die Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen des sog. U- und L-Gebäudes laufen auf Hochtouren, mehrere Investoren werden in 2016 ihre Projekte beginnen und der künftige Grünzug wurde bereits im Sommer 2015 provisorisch geöffnet. Umso wichtiger ist es, die Anbindung an das Straßenverkehrsnetz sicherzustellen, um die Belastung der Bevölkerung auf der Vogelstang zu reduzieren.

Zusammen mit dem Bebauungsplan Taylor wurde der entsprechende Antrag der SPD beschlossen, die Spreewaldallee in beide Fahrtrichtungen zu nutzen und eine direkte Anbindung an die B 38 herzustellen. Hierzu erwarten wir in den kommenden Wochen belastbare Aussagen der Verwaltung. Ebenso halten wir fest an der geplanten Grünbrücke von Taylor über die B 38 in den Käfertaler Wald und fordern von der Verwaltung klare Zeitangaben zur Umsetzung.

Mit Turley und Taylor sind uns bereits wichtige Schritte zur Umsetzung unserer übergeordneten Zielstellung gelungen. Wir wollen einen großen Grünzug mit einer Frischluftschneise realisieren, wir wollen moderne ökologische Wohnangebote unterbreiten und wir wollen insbesondere gemeinsam mit innovativen Unternehmen neue Formen von Produktion, Dienstleistung, Handel und Transport entwickeln, die mit weniger Emissionen auch künftig die Grundlage unseres Wohlstandes erwirtschaften.

Guter Kompromiss für Franklin

Mit dem Kauf von Benjamin Franklin haben wir den entscheidenden Schritt getan, um bei dieser Fläche mit den größten Herausforderungen, aber auch den größten Chancen, für unsere Stadt in den kommenden Jahren erfolgreich zu sein. Dabei wurde ein tragfähiger Kompromiss mit Bund und Land gefunden, um einerseits die Flächen entwickeln und

andererseits den Südteil, Columbus, bis Ende 2018 für die Unterbringung von Flüchtlingen nutzen zu können.

Wirtschaftliche Effekte dank Konversion

Unübersehbar sind die positiven wirtschaftlichen Effekte mit Gesamtinvestitionen auf allen Konversionsflächen von mehr als zwei Milliarden Euro; allein auf Franklin werden die Gesamtinvestitionen deutlich über eine Milliarde Euro betragen. Damit verbunden sind positive Effekte auf Beschäftigung und Steuereinnahmen.

Die dauerhaften steuerlichen Effekte aus Einkommen-, Gewerbe- und Grundsteuer belaufen sich auf jährlich sechs bis sieben Millionen Euro. Der Wohnungsbau auf den Konversionsflächen wird auch dazu führen, dass die Einwohnerzahl Mannheims deutlich ansteigen wird. Je tausend Einwohner mehr erhöhen sich unsere Einnahmen aus dem kommunalen Finanzausgleich um etwa eine Millionen Euro jährlich.

Gutes Wohnen für alle ermöglichen

Wir brauchen in Mannheim mehr preisgünstige, bezahlbare Wohnungen, nicht nur, aber auch für Flüchtlinge, denn in unserer Stadt, wie in anderen Ballungsräumen auch, sollen Familien mit geringem Einkommen oder Alleinerziehende mit Kindern nicht mit Flüchtlingen um Wohnungen konkurrieren müssen. Das wäre sozialer Sprengstoff, den wir unbedingt vermeiden müssen.

Bund und Länder müssen deshalb die Mittel für die soziale Wohnraumförderung von derzeit etwa zwei Milliarden Euro mindestens verdoppeln, damit genügend neue bezahlbare Wohnungen für alle Gruppen mit niedrigem Einkommen entstehen können.

Die Mietpreissteigerungen in Mannheim liegen in den letzten Jahren bei durchschnittlich etwa 1,8 Prozent jährlich, allerdings mit leicht zunehmender Tendenz bei einer durchschnittlichen Steigerung der

Angebotsmiete von jährlich über vier Prozent. Neubauten zu unteren und mittleren Mietpreisen sind nur mit finanzieller Unterstützung durch Bund und Land zu finanzieren. Preisgünstiger Wohnraum ist im Neubau ohne solche Programme ökonomisch nicht zu realisieren.

Insgesamt stehen wir vor folgenden Herausforderungen:

- Steigerung des Wohnungsneubaus
- Schaffung zusätzlicher Angebote an Eigenheimen
- Schaffung attraktiver Angebote im mittleren Preissegment zur Miete und im Eigentum.
- Schaffung zusätzlicher Angebote an barrierearmen und barrierefreien Wohnungen.
- Realisierung weiterer gemeinschaftlicher Wohnprojekte

Dabei fällt der Entwicklung der Konversionsflächen – vor allem von Franklin – eine herausragende Bedeutung zu. Denn insgesamt werden mehr als 100 ha Fläche auf den Konversionsflächen für Wohnungsbau zur Verfügung stehen.

Franklin mit herausragender Bedeutung für Wohnungsmarkt

Aus dem ehemaligen Benjamin Franklin Village wollen wir in den kommenden 10 bis 15 Jahren einen neuen Stadtteil für etwa 8.000 Menschen entwickeln. Es werden unter der wohnungspolitischen Vision „Vielfalt der Chancen und Abbildung der Stadtgesellschaft“ Angebote für alle Gruppen der Stadtgesellschaft entstehen - mit einem breiten Wohnungsmix: Häuser für Familien, flexible Wohngebäude für jüngere Mieter, Gemeinschaftsprojekte und anspruchsvolle Wohnadressen.

Durch den Verkauf der Flächen wird darüber hinaus sichergestellt, dass der überwiegende Teil der Infrastrukturmaßnahmen durch die Verkaufserlöse finanziert werden kann. Aber auch hier gilt für die SPD: Ökonomie darf nicht der alleinige Entscheidungsparameter sein.

Die Planungen sind bereits weit fortgeschritten, allein auf Franklin-Mitte sollen mehr als 400 Wohneinheiten mit Mieten unter 7,50 Euro je Quadratmeter entstehen. Bewährt hat sich dabei das Mittel der so genannten Konzeptvergabe zur Erreichung unserer wohnungspolitischen Ziele. Wir hoffen, dass der Anteil an preisgünstigen Wohnungen noch ausgebaut werden kann.

GBG ist Garant für bezahlbares Wohnen

Auch unsere städtische Wohnungsbaugesellschaft GBG wird sich mit einem Investitionsvolumen von mehr als 100 Millionen Euro auf Franklin-Mitte engagieren. Sanierung und Modernisierung von Bestandsgebäuden aber auch Neubau – insgesamt etwa 430 Wohneinheiten – sind durch die GBG geplant.

Trotz dieser erheblichen Investition der GBG auf Franklin wird unsere Wohnungsbaugesellschaft auch in den nächsten Jahren jährlich mehr als 50 Millionen Euro in Modernisierung und Instandhaltung ihres Wohnungsbestandes stecken.

Erhebliche Mittel fließen derzeit beispielsweise in die Sanierung der Wohngebäude in der Untermühlaustraße in der Neckarstadt. In den nächsten Jahren wird ein Schwerpunkt bei der Instandhaltung und Modernisierung der Großwohnsiedlung Schönau Nord-West mit insgesamt mehr als 1.700 Wohneinheiten sein.

Leitlinie für die Wohnungspolitik der nächsten Jahre ist für uns das im letzten Jahr verabschiedete Programm Wohn. Raum. Stadt II. Es legt seinen Fokus einerseits auf die Sicherung der Wohnungsversorgung von Haushalten mit Zugangsschwierigkeiten zum Wohnungsmarkt und andererseits auf die Schaffung attraktiver Wohnungsangebote für Haushalte mit mittleren und höheren Einkommen, insbesondere auch in Form von Wohneigentum.

Auf dem Weg zur Smart City: Digitalisierung

In Gesprächen mit Mannheimer Gewerbebetrieben und Freiberuflern wurden wir auf die ausbaufähige Breitbandversorgung hingewiesen. Ich brauche an dieser Stelle nicht auszuführen, welchen Stellenwert dies im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe hat und dass dies ein harter Standortfaktor ist. Gerade im Hinblick auf die Gründerstadt 4.0 müssen wir hier eine schnelle Entwicklung anstreben.

Wir brauchen ein flächendeckend strukturiertes Netz in Mannheim. Sowohl Bund als auch das Land Baden-Württemberg haben dies erkannt und bezuschussen den Netzausbau vehement.

Gefördert wird der Breitbandanschluss an Bildungseinrichtungen (Schulen, VHS, Musikschule etc.) mit 60 Prozent. Voraussetzung ist ein strukturiertes Verkabelungskonzept, das weitere Anschlüsse ermöglicht. Werden Bildungseinrichtungen in der Region angeschlossen, erhöht sich der Zuschuss auf 90 Prozent. Dieses werden wir beantragen.

Wir begrüßen die Einführung eines Open-Data-Portals der Stadt und sehen dies als wichtigen Beitrag vor allem zu mehr Transparenz bei der Arbeit der Stadtverwaltung und bessere Informationsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger – vor allem im Zusammenhang mit neu zu entwickelnden Programmen und Online-Angeboten. Hier ist auch die Initiative der Expertinnen und Experten aus der Stadtgesellschaft gefragt, die von der Verwaltung unterstützt werden soll.

Ein kostenloses städtisches WLAN-Angebot spielt gerade auch für den Tourismus eine wichtige Rolle und fördert die Aufenthaltsqualität in unserer Stadt. Wir setzen uns dafür ein, das Angebot weiter auszubauen.

Neues Technisches Rathaus

Die Standortentscheidung zur Errichtung eines neuen Technischen Rathauses kann nicht weiter aufgeschoben werden. Wir sind froh, dass wir gemeinsam mit Oberbürgermeister, Erstem Bürgermeister und den anderen Fraktionen ein gemeinsames Votum erreichen können. In der Abwägung mit den ebenfalls diskutierten Standorten „Bildungscampus Neckarau“ und „Schafweide“ sehen wir nun im Glückstein-Quartier einen richtigen und wichtigen Beitrag zur Stadtentwicklung.

Vor dem Hintergrund der Unsicherheiten beim Bauvorhaben Bilfinger und als klares Signal an die Investitionsbereitschaft potenzieller Investoren wollen wir nun ein funktional und architektonisch überzeugendes Konzept auf den Weg bringen und mit der Ansiedlung des Technischen Rathauses auch die Integration des neuen Stadtteils in die bestehenden Strukturen des Lindenhofs unterstützen.

Grünes Mannheim

Wir begrüßen das Förderprogramm zur Dach- und Fassadenbegrünung für die Innenstadt. Die Maßnahmen, die dadurch entstehen können, tragen nicht nur zu einem attraktiven Erscheinungsbild der Stadt bei, sondern können sich als wichtige Beiträge zum Klima in der Stadt und im Stadtteil erweisen. Deshalb sind wir auf die Ergebnisse gespannt. Gerade durch viele Initiativen auf individueller Ebene kann insgesamt ein wertvoller Beitrag für das Stadtklima entstehen. Deshalb unterstützen wir das Engagement der Bürgerschaft und wollen es weiter fördern.

Beteiligung und Transparenz

Die SPD-Gemeinderatsfraktion beteiligt sich intensiv an der Gestaltung eines Regelwerks zur Erhöhung von Bürgerbeteiligung, das in Kooperation mit der Verwaltung erarbeitet wird.

Ziel dieses Regelwerks ist eine Erhöhung der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an kommunalen Entscheidungsprozessen sowie eine Erhöhung der Transparenz solcher Entscheidungsprozesse. Hierzu sind in den kommenden Monaten wichtige Ergebnisse zu erwarten, die wir mit einer breiten Mehrheit im Gemeinderat beschließen möchten. Nur auf diese Weise kann das Projekt erfolgreich sein.

Arbeit und Wirtschaft, Soziales, Integration

Der wirtschaftliche Erfolg Mannheimer Betriebe und Unternehmen sowie gut bezahlte und qualifizierte Arbeitsplätze in unserer Stadt schaffen die finanzielle Grundlage für die Weiterentwicklung der Kommune.

Wir verzeichnen seit Jahren einen Zuwachs bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf mittlerweile knapp 180.000. Doch trotz dieser erfreulichen Entwicklung dürfen wir nicht nachlassen bei den Bemühungen um chancengerechte Teilhabe durch Arbeit für alle Menschen. Gerade für Langzeitarbeitslose bedarf es weiterer Anstrengungen, um sie in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.

Wirtschaftspolitische Strategie überprüfen

Unsere Strategie zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts hat bereits zu zahlreichen Existenzgründungen und Impulsen geführt. Dennoch müssen wir die tatsächlichen ökonomischen Effekte prüfen, da wir einen hohen Aufwand im Bereich der Existenzgründungen betreiben, der sich auch bei Arbeitsplätzen und Gewerbesteuer messen lassen sollte.

Stadt als Arbeitgeberin

Insgesamt arbeiten bei der Stadtverwaltung Mannheim etwa 8.000 Beschäftigte. Wir sind damit als Stadt Mannheim eine der drei größten Arbeitgeber in unserer Stadt.

Auch bei der Beschäftigung von Auszubildenden nehmen wir einen Spitzenplatz ein und kommen damit als öffentlicher Arbeitgeber in hervorragender Weise unserer Vorbildfunktion nach; ähnliches gilt im Übrigen bei der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen mit einer

Quote von über acht Prozent. Dieser Weg muss konsequent fortgesetzt werden.

Wir unterstützen den Oberbürgermeister vorbehaltlos bei dem Ziel, bei den Beschäftigten insgesamt, aber auch in der Führungsstruktur, sich der Zusammensetzung unserer Stadtgesellschaft schrittweise anzunähern. Dies soll unter anderem auch dazu beitragen, dass sich die Identifikation der Mannheimerinnen und der Mannheimer mit ihrer Verwaltung weiter verbessert.

Inklusion in allen Facetten betrachten – breite Teilhabe ermöglichen

Mannheim steht vor der größten Inklusionsaufgabe seit der Wiedervereinigung. Dabei geht es nicht nur um die Einbeziehung der Menschen mit Behinderung, sondern um die Inklusion von neuen Stadtteilen und den Menschen, die dort leben werden oder jetzt schon leben. Soziale Ungleichheit soll verringert, gesellschaftliche Teilhabe aller gefördert werden. Das gilt für sozial Benachteiligte ebenso wie für Menschen mit Handicaps.

Menschen, die aus anderen Ländern und Kulturen zu uns gekommen sind, soll die Teilhabe in unserer Stadt und unserem Land ermöglicht werden. Gleichzeitig wollen wir ihnen unsere Werte und demokratischen Grundsätze vermitteln, ohne dass sie sich gezwungen sehen, ihre kulturelle Identität aufzugeben.

Ich halte Empathie nicht für den richtigen Begriff in dem Zusammenhang. Ich vermute, es geht um Verständnis, Werte etc.

Wir halten an unserer Forderung fest, Geflüchtete dezentral, und damit inklusiv, unterzubringen.

Auch möchten wir erneut deutlich machen: Die Stadt bzw. die GBG kündigt keine Wohnungen, um für Flüchtlinge Platz zu machen. Es wird auch nicht nach Wohnungen auf dem privaten Wohnungsmarkt gesucht.

Sozialticket ausbauen – Perspektive Mannheim-Karte

Ein Instrument, Teilhabe zu stärken, ist das Sozialticket. Wir begrüßen es, dass die Verwaltung im Haushaltsentwurf dafür Mittel eingestellt hat. Allerdings erscheint uns der Betrag angesichts der Kostensteigerungen im öffentlichen Verkehr als zu gering.

Die SPD wird daher beantragen, den Etatansatz zu erhöhen. Darüber hinaus verfolgen wir weiterhin unser Ziel, anstelle der subventionierten Einzelfahrscheine eine verbundweit gültige Monatskarte ähnlich dem Senienticket als Sozialticket anzubieten. Auch um dieses Ziel erreichen zu können, streben wir die Mannheim-Karte an.

Integration im Stadtteil: Quartiermanagement

Integration beginnt im Stadtteil. Hier leistet das Quartiermanagement wichtige Arbeit. Es ist gut, dass der Haushalt auch für 2016/17 wieder Mittel dafür bereitstellt.

Die SPD setzt sich dafür ein, das Quartiermanagement auf den Stadtteil Rheinau auszudehnen.

Teilhabe stärken

Als Grundlage für eine bedarfsgerechte Ressourcensteuerung in Mannheim fordern wir die regelmäßige Fortschreibung der Sozialberichtserstattung und des Behindertenaktionsplans.

Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die Quote der Analphabeten deutlich gesenkt wird, da wir der Meinung sind, dass zu einer Kultur der Teilhabe zu allererst gehört, diejenigen mitzunehmen, die aufgrund solch eines leicht zu hebenden Defizits ausgeschlossen sind.

Gerade die Menschen, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind und denen eine Überschuldung droht, sind schwer vermittelbar. Deshalb fordern wir, den Kreis der Berechtigten für eine Schuldnerberatung bis zur Pfändungsgrenze zu erweitern.

Im Hinblick auf die Landesheimbauverordnung des Landes, die unter anderem eine Einzelzimmervorgabe vorsieht, sehen wir die Entwicklung, dass manche Träger von Pflegeheimen unter Druck geraten. Deshalb wird

die Heimaufsicht aufgefordert, ihren Ermessensspielraum zur Landesheimbauverordnung auszunutzen.

Unterstützung der Stadt anpassen

Viele verschiedene Einrichtungen in Mannheim sorgen dafür, dass Menschen in bestimmten Lebenssituationen gut geholfen werden kann. Sie leisten damit einen großen und kaum zu überschätzenden Beitrag für die Inklusion in unserer Stadtgesellschaft und in unseren Stadtteilen.

Damit sie ihre Arbeit in der bisherigen Weise fortsetzen können, sehen wir an einigen Stellen Nachbesserungsbedarf und werden dies entsprechend in den Beratungen einfordern. Dabei geht es uns etwa um Angebote in Waldhof Ost, die Beratungsstelle für Frauen in der Prostitution „Amalie“, die Malschule der AWO im Jungbusch, Pro Familia und PLUS, den sozialpsychiatrischen Dienst, den Mädchennotruf, den Rückführungsfonds der Caritas, KOSI.MA! und den AK Strafvollzug.

Integrationsfonds ausbauen

Die SPD begrüßt es, dass der Integrationsfonds fortgeführt werden soll. Mit dem Geld unterstützt die Stadt seit 2013 schwerpunktmäßig Projekte der Sprach- und Lernförderung in Schulen und Kindergärten.

Wir möchten zusätzlich einen Flüchtlingsfonds analog dem Integrationsfonds aufsetzen, um Maßnahmen für die Flüchtlingsarbeit zu unterstützen bzw. um unerwünschte Folgen der kommunalen Flüchtlingsunterbringung aufzufangen. Eine weitere Aufgabe ist die Gesundheitsprävention von Migrantinnen und Migranten.

Sport und Kultur

In Mannheim treiben etwa 55.000 Bürgerinnen und Bürger in rund 250 Sportvereinen aktiv Sport. Sport leistet einen wesentlichen Beitrag zur Lebensqualität in der Stadt. Er ist ein Baustein für die Integration, Inklusion und für den Erhalt der Gesundheit. Beim Sport erleben Menschen unterschiedlichster Kulturen gemeinsam ihre Freizeit und lernen sich besser kennen.

Beim Kinder- und Jugendsport können Kinder und Jugendliche ihre individuellen Talente erfahren und Kompetenzen ausbauen. In Training und Wettkampf werden nicht nur motorische Fähigkeiten geschult und angewandt, es werden auch gleichzeitig Teamgeist, Durchsetzungswillen und Toleranz vermittelt. Aber auch das steigende Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen ist ein Problem und daher ist es wichtig, den Kindern und Jugendlichen einen Anreiz für einen Sportverein zu geben.

In Mannheim wird vereinsgebundener sowie vereinsungebundener Sport gefördert. Als Beispiel Sport im Park, der im Sommer jeden Tag im Unteren Luisenpark kostenlos wahrgenommen werden kann. Ein Erfolgsmodell. Hier sollen Menschen Sportarten kennenlernen und somit Lust auf eine Fortführung im Verein gemacht werden.

Zuschüsse für Sportstättenbau und Vereinsarbeit

Es gilt, das bürgerschaftliche Engagement der Vereine zu stärken. Wir wollen deshalb die Zuschüsse für den Vereinssportstättenbau in Höhe von 1.000.000 Euro auch in den Jahren 2016 und 2017 beibehalten, damit die Vereine die Zuschüsse nicht über lange Zeiträume vorfinanzieren müssen.

Aufgrund der großen Bautätigkeit in den Vereinen hat sich hier der Zuschussbedarf bei Pflege und Unterhaltung in den letzten Jahren stark

erhöht und wird sich weiter erhöhen. Die Unterhaltung und Wartung von Sporthallen und Freisportanlagen erfordert aus sportfachlichen und sicherheitstechnischen Gründen die besondere Aufmerksamkeit der Vereine als Betreiber von Sportstätten. Deshalb sollte der Betrag für die Jahre 2016 und 2017 um 100.000 Euro angehoben werden.

Außerdem möchten wir den jährlichen Zuschuss zur Förderung des Jugendsports von 21 Euro auf 24 Euro je Jugendlichen erhöhen. Das wäre ein Mehrbedarf von 54.000 Euro pro Jahr.

Die stark gestiegenen Energiekosten haben zu einer erheblichen Belastung der Vereine, die eigene Hallen oder Fußballplätze unterhalten, geführt. Deshalb möchten wir die Zuschüsse zu den Energiekosten von 5 Prozent auf 10 Prozent erhöhen. Hierfür wird ein zusätzlicher Betrag von 50.000 Euro pro Jahr benötigt.

Schwimmkurse

Leider gehört Ertrinken noch immer zu den häufigsten Todesursachen bei Kindern. Es kann für ein Kind daher überlebenswichtig sein, so früh wie möglich schwimmen zu lernen.

Der Wassergewöhnungskurs wurde bisher aus dem Preisgeld Mission Olympic finanziert. Die Mittel waren Mitte 2015 aufgebraucht und stehen damit nicht mehr zur Verfügung. Auch das Projekt Schwimmfix, das Kindern das Schwimmen näher brachte, endet Mitte 2016. Wir werden uns dafür einsetzen, diese beiden Projekte fortführen zu können.

Senioren-sport

Eine weitere Chance für die Vereine, ihre Mitgliederzahl zu erhöhen, besteht im Bereich der Senioren. Viele Vereine bieten inzwischen auch gezielt Seniorensport an. Er fördert die Gesundheit und verursacht als

Nebeneffekte auch ein besseres persönliches Wohlbefinden, ein steigendes Selbstwertgefühl und trainiert überdies die Willensstärke. Hierzu soll die Verwaltung eine Projektförderung erarbeiten und etablieren.

Vereine stärken – Stadtteilfeste sichern

Für viele Vereine und viele Stadtteile sind die örtlichen Feiern und Feste ein zentrales Ereignis im Jahr. Für viele Menschen gehören sie ebenfalls fest in das Angebot ihres Stadtteils.

Mittlerweile sind die Nebenkosten für die Veranstaltungen derart hoch, dass sie in vielen Bereichen das Fortbestehen gefährden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Vereine und Einrichtungen wieder besser unterstützt werden.

Freie Szene stärken

Das Festival Maifeld Derby ist herausragendes Projekt der Musikszene, das weit über die Grenzen der Stadt ausstrahlt. Zudem trägt es dazu bei, viele Menschen an Mannheim zu binden. Damit diese hervorragende Arbeit fortgesetzt werden kann, soll die Stadt die Förderung erhöhen.

Um die Entwicklung der Freien Szene sicherzustellen, sehen wir Bedarf bei der Unterstützung für die Einwerbung von Drittmitteln und für zahlreiche kleine Theater und Gruppen bei Finanz- und Wirtschaftsfragen. Hier erscheint ein Ansprechpartner im Kulturredamt für dieses Thema notwendig.

Der 2010 von der SPD eingebrachte Antrag zur Stärkung der Freien Szene, der vom Gemeinderat beschlossen wurde, hat eine jährliche Aufstockung der Mittel zur Förderung der Freien Szene um 100.000 Euro bis 2019 vorgesehen. Diese Mittel fehlen in der mittelfristigen Finanzplanung und sollen entsprechend wieder eingeplant werden.

Mannheim ist Standort der Kultur

An dem Ziel der Bewerbung zur Kulturhauptstadt halten wir fest. Damit betonen wir nicht nur den Anspruch Mannheims als zentrale Kulturmetropole, sondern unterstützen die Bemühungen der Kulturschaffenden in unserer Stadt nachhaltig.

Nationale Signale durch große Einrichtungen

Wir stehen hinter den Plänen einer Sanierung unseres Nationaltheaters. An dem formulierten Ziel, die jährlichen Verluste des Hauses mittelfristig einzufangen und deutlich zu reduzieren, halten wir fest.

Eine Erhöhung der Einnahmen durch die Anhebung der Eintrittsgelder ist für uns unumgänglich, zumal das Nationaltheater als mehrfach

ausgezeichnetes Haus deutlich hinter den Beträgen vergleichbarer Häuser zurückliegt. Wir erwarten hier eine Steigerung der Einnahmen innerhalb von vier Jahren auf eine Millionen Euro jährlich.

Der Neubau der Kunsthalle hat eine Signalwirkung in die Metropolregion, aber auch national. Die damit verbundene Erweiterung verursacht selbstverständlich Kosten, hat aber auch die Chance auf Mehreinnahmen durch Eintrittsgelder. Der Betriebskostenzuschuss ist anzuheben, jedoch fordern wir hier eine Deckelung auf zwei Millionen Euro jährlich. Gleichzeitig erwarten wir Mehreinnahmen von mindestens 500.000 Euro jährlich durch erhöhte Eintrittsgelder und durch einen höheren Besucherzuspruch.

Die Mannheim-Karte: Teilhabekonzept für Kultur, Sport und Freizeit

Wir streben die Einführung einer elektronischen Mannheim-Karte an. Diese soll es den Nutzerinnen und Nutzern ermöglichen, unsere städtischen Leistungen exklusiv oder jedenfalls vergünstigt in Anspruch zu nehmen. Die Einbeziehung privater Anbieter ist zur Steigerung der Attraktivität unabdingbar. Alle Vergünstigungen, die durch kommunale Einrichtungen, aber auch durch die Verwaltung selbst gegeben werden, sollten in der Mannheim-Karte zentralisiert dargestellt werden.

Für unsere Einrichtungen in den Bereichen Kultur, Sport und Freizeit fordern wir die Einrichtung einer Lenkungsgruppe, um Vorschläge zur Tarifstruktur der Mannheim-Karte zu erarbeiten.

Sicherheit und Ordnung

Unabhängig von finanziellen Entwicklungen ist für uns klar: Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger darf nicht beeinträchtigt werden.

Gute Entwicklungen, aber auch Verbesserungsbedarf beim Feuerwehretat

Wir begrüßen die Fortführung der Investitionen in den Neubau der Feuerwache Mitte und die Generalsanierung der Feuerwache Nord. Die hohen Investitionen in den kommenden Jahren leisten einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit in unserer Stadt. Jedoch hat auch die Instandsetzung der Feuerwache Süd zeitnah zu erfolgen. Wir erwarten entsprechende Konzepte von der Verwaltung.

Die Umsetzung des Brandschutzbedarfsplans bedarf über den Etatentwurf hinausgehender Anstrengungen. Hierzu bedarf es mindestens die Einrichtung weiterer Sonderfunktionen, um die gestiegenen Anforderungen an den Brandschutz infolge der Belegung der ehemals amerikanischen Kasernen mit Flüchtlingen.

Ebenso halten wir die Streichung der Mittel für den Neubau bzw. Instandsetzung der Wache der Freiwilligen Feuerwehr in Wallstadt für ein falsches Signal an die Freiwillige Feuerwehr. Auch hier erwarten wir zeitnah von der Verwaltung klare Vorschläge, wie dieses Projekt umgesetzt werden kann.

Darüber hinaus halten wir es im Sinne einer Anerkennung der ehrenamtlichen Arbeit für wichtig, die Tätigkeit bei der Freiwilligen Feuerwehr weiter aufzuwerten. Dazu kann beispielsweise die Erhöhung der Grundvergütung ein wichtiger Schritt sein.

Mannheim sauber halten

Zu einem guten Stadtbild gehört eine saubere Stadt. Hier haben wir in Mannheim ohne Zweifel weiter Anpassungsbedarf. Bei den vergangenen Haushaltsberatungen haben wir im Gemeinderat gemeinsam wichtige Erfolge erzielt, um die Stadtreinigung zu stärken. Mit Erfolg, wie sich an vielen Stellen gezeigt hat.

Wie oben verdeutlicht, läuft deshalb aus unserer Sicht die vorgeschlagene Reduzierung bei der Stadtreinigung diesen Entwicklungen zuwider. Deshalb werden wir sie nicht mittragen.

Die kommunale Gehwegreinigung erweist sich in der Innenstadt als Erfolg. Wir unterstützen die Prüfung einer Ausweitung auf weitere Stadtteile.

Klarheit für Kommunalen Ordnungsdienst schaffen

Einer angemessenen Erhöhung der Personalstärke des Kommunalen Ordnungsdiensts wird sich die SPD nicht verweigern, um insbesondere in der Neckarstadt-West und im Stadtbezirk Innenstadt/Jungbusch einen erhöhten Überwachungsdruck zu erreichen.

Hierzu erwarten wir allerdings vor den Haushaltsberatungen klare Informationen von der Stadtverwaltung, wie sie den Bedarf beim Kommunalen Ordnungsdienst einschätzt.

Aufenthaltsqualität durch Verkehrsüberwachung

Zu einer hohen Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum gehört für uns ebenso eine geordnete Situation beim ruhenden Verkehr. Falsch- bzw. Eckenparker sind nicht nur Ärgernis für viele andere Verkehrsteilnehmende, sondern oftmals auch eine Gefahr für die

öffentliche Sicherheit. Regelverstöße erfordern deshalb angemessene Sanktionen.

Die SPD wird sich dafür einsetzen, die Mittel bereitzustellen, damit die Verkehrsüberwachung die notwendigen Ressourcen hat, ihre Arbeit zu einem für uns alle zufriedenstellenden Maße erfüllen zu können.

Tierschutz stärken

Es ist kaum nachvollziehbar, dass es seit zwei Jahren nicht gelungen ist, die Stelle eines/einer Tierschutzbeauftragten zu besetzen. Wir sehen die Stadtverwaltung in der Pflicht, die notwendigen Strukturen dafür endlich zu schaffen.

Für den Tierschutz in unserer Stadt leisten viele Einrichtungen wertvolle Arbeit. Das Tierheim Mannheim trägt – auch dank vieler Ehrenamtlicher – einen großen Teil dazu bei. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Arbeit auch in den kommenden Jahren erfolgreich fortgeführt werden kann. Aber auch kleinere Einrichtungen leisten gute Arbeit, wie etwa der Verein Futteranker, der bedürftige Menschen dabei unterstützt, ihre Tiere artgerecht zu versorgen. Hier setzen wir darauf, dass die Stadtverwaltung die in diesem Bereich tätigen Einrichtungen gut unterstützt.

Zu einer guten Situation trägt aber auch der Umgang mit Tieren bei. Wir möchten prüfen, inwiefern Anreize geschaffen werden können, einen Hundeführerschein zu absolvieren. Eine Möglichkeit dafür kann der teilweise Erlass der Hundesteuer sein.

Ein von vielen Menschen immer wieder vorgebrachtes Ärgernis ist Hundekot auf Gehwegen und öffentlichen Plätzen. Wir unterstützen Ausweitungen der Tütenspender für Hundekot.

Stadtteile

Die folgenden Anliegen aus den Stadtteilen sind nicht als abschließend zu betrachten, sondern stellen eine Auswahl aktueller Themen vor Ort dar, die uns die Menschen unter anderem bei unseren regelmäßigen öffentlichen Fraktionssitzungen vor Ort geschildert haben.

Manche Anliegen können beispielsweise auch bei einer möglichen Prioritätenliste für zusätzliche Ausgaben während des Haushaltsvollzugs berücksichtigt werden.

Feudenheim

Derzeitige Anzahl an Kindergartenplätzen nach Schließung des Epiphantias-Kindergartens sicherstellen

Beleuchtung Spessartstraße bis zum Sportpark Neckarplatt/Pfeifferswörth

Neuer, transportabler Brandschutzbelag für die Sporthalle

Friedrichsfeld

Stadtteilplätze sanieren

Jugendtreff sichern

Innenstadt/ Jungbusch

Streetworker-Einsatz für Drogen- und Trinkerszene fortsetzen

Nachwandel sichern

Verkehrsberuhigung Kunststraße und Fressgasse ausbauen

Spielplatz für die Kinder der Straße Neckarspitze einrichten

Käfertal

Sanierung des Käfertaler Zentrums voranbringen

Stempelpark in einem Beteiligungsverfahren aufwerten

Kulturhaus Käfertal sanieren

Mannheimer Straße instand setzen

Ebenerdige Querung der B38 realisieren

Lindenhof

Meeräckerplatz neu gestalten
Entwicklung des Glückstein-Quartiers

Neckarau

Rathaus barrierefrei machen
Strandbad für die Zukunft fit machen

Neuostheim/ Neuhermsheim

Hebel-Schule sanieren
Lärmschutz ermöglichen
Fortgang des Jugendtreffs Neuhermsheim begleiten

Neckarstadt-West

KOD-Einsatz stärken
Quartiermanagement besser ausstatten
Streetworker und Streitschlichter etablieren
Dammstraße und Neckarvorland weiter aufwerten

Neckarstadt-Ost

Südliche Platzhälfte des Alten Messplatzes neu beleben
Turley mit sozialer Infrastruktur und entsprechenden Räumlichkeiten für bürgerschaftliches Engagement entwickeln
Verkehrsberuhigende Maßnahmen im Centro Verde durchführen

Rheinau

Jugendtreff Zündholz sichern
Quartiermanagement Rheinau ermöglichen
Marktplatz weiterentwickeln

Sandhofen

Radweg Eugen-Neter-Schule anlegen
Aufenthaltsqualität und Sicherheit für Fußverkehr um den Stich steigern
Angestrebte Fusion von Vereinen in Sandhofen begleiten

Schönau

Sanierung Schönau Mitte aus Mitteln des Programms Soziale Stadt fortsetzen

Stadtteil-Image aufwerten (Kernpunkt des neuen Images: Darstellung und Wahrnehmung als familien- und seniorenfreundlicher „grüner“ Stadtteil)

Situation an Endhaltestelle Schönau verbessern

Schwetzingenstadt/ Oststadt

Jugendtreff einrichten

Tattersall umgestalten

Seckenheim

Sportentwicklung Seckenheim weiter vorantreiben

Neckarvorland erschließen

Verkehrsberuhigende Maßnahmen in den Ortsstraßen ausbauen

Quartiermanagement Hochstätt stärken

Verkauf Hammonds konstruktiv begleiten

Vogelstang

Neubau der Geschwister-Scholl-Schulen mit der BBS vorbereiten

Direkte Anbindung der Spreewaldallee an die B38 herstellen

Grünbrücke von Taylor über die B38 mit der MWSP errichten

Waldhof/ Gartenstadt/ Luzenberg

Taunusplatz sanieren

Neubau Friedrich-Ebert-Schule

Jugendtreff Luzenberg

Turnhalle Eduard-Spranger Schule

Wallstadt

Ausbau des Feuerwehrgerätehauses

Veranstaltungs- und Proberäume für Vereinsaktivitäten

Seniorentreff einrichten



RALF
EISENHAUER



MARIANNE
BADE



RALPH
WAIBEL



HELEN
HEBERER
MdL



REINHOLD
GÖTZ



LENA
KAMRAD



PROF. DR.
HEIDRUN
KÄMPER



JOACHIM
HORNER

SPD-Gemeinderatsfraktion Mannheim

Rathaus E5 | 68159 Mannheim

Tel 0621/ 293-2090

Fax 0621/ 293-9470

Email: spd@mannheim.de

Whatsapp: 0173/ 2083 487

spd-gemeinderatsfraktion-mannheim.de

facebook.com/spdfraktionmannheim



NAZAN
KAPAN



ANDREA
SAFFERLING



THORSTEN
RIEHLE



DR. CLAUDIA
SCHÖNING-
KALENDER



DR. BORIS
WEIRAUCH

WIR KÜMMERN UNS